

Die Geschichte der Textilgewerkschaften im Landkreis Lindau

– Eine Skizze –

Die Anfänge der Textilindustrie

Die Textilindustrie war in Europa neben der Eisen- und Stahlindustrie, der Eisenbahn sowie dem Kohlen- und Erzbergbau eine Schlüsselindustrie bei der Entstehung des Industriekapitalismus ab Ende des 18. Jahrhunderts. Technische Voraussetzungen für den Übergang von der bisher handwerklichen zur industriellen Fertigung waren 1733 die Erfindung der Schnell-Lade für Webstühle durch den Engländer John Kay, 1769 die einer Spinnmaschine mit automatischer Garnführung durch Richard Arkwright, 1785 der erstmalige Einsatz einer Dampfmaschine in einer mechanischen Spinnerei in England und 1805 die automatische Steuerung von Webstühlen mit Hilfe von gestanzten Lochkarten durch den Franzosen Joseph Marie Jacquard. Das Anfangskapital zum Aufbau der Industrien kam in der Regel aus den Reihen des bisherigen Bank- oder Handelskapitals, einzelner Adelliger, moderner Bürger oder punktuell von Seiten des Staates. Die sich nun stetig vergrößernde Klasse der lohnabhängigen Arbeiterinnen und Arbeiter entstammte bisherigen Armutschichten in Stadt und Land, aus der Bauernschaft und aus wirtschaftlich ruinierten Handwerkerfamilien.

In München wurde 1802 durch den Textilindustriellen Johann Gottfried Brügelmann aus Ratingen bei Düsseldorf mit der Errichtung einer Zweigstelle seiner Baumwollspinnerei der erste bayerische Textilindustriebetrieb gegründet. In bayerisch Schwaben entwickelten sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts die Mittelpunkte der Textilindustrie in Augsburg, Kaufbeuren, Kempten, Immenstadt sowie im Westallgäu um Lindenberg, Scheidegg und Weiler.¹

Das Gewerbe der Strohhutproduktion rührt im Westallgäu in seinen Anfängen aus der Zeit vor dem

Industriekapitalismus. Erste Hinweise reichen in die Jahre 1656 und 1668 zurück. 1755 existierte in Lindenberg bereits eine erste „Handelskompagnie für den Verkauf von Schinhüten“. 1815 verkaufte die Wagner'sche Kompagnie schon rund 30 000 Westallgäuer Strohhüte bis in die Rheingegend und nach Tirol. Die Hausproduktion im Rahmen der meist bäuerlichen Großfamilien umfasste 1815 bereits 300 produzierende Heimarbeiterfamilien sowie 56, welche den Handel damit betrieben. Örtliche Pferdehändler, Wirte, Rotgerber und Strohhuthändler investierten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmende Teile ihres Geldkapitals in Fabrikbauten. 1865 entstand in Scheidegg die erste Fabrik des Strohhuthändlers Gruber und 1870 jene des Lindenberger Pferdehändlers Aurel Huber, nun auch als Haus von anderen Gebäuden getrennt erbaut. Die Einführung von Strohhut-Nähmaschinen und hydraulischer Pressen ab 1873 verstärkte die Entwicklung zur mechanisierten Fabrikarbeit neben der weiter existierenden selbstständigen Heimarbeit und jener in Abhängigkeit von einem „Verleger“, auch „Spekulant“ genannt. Um das Jahr 1900 wurde allein in Lindenberg in 34 Strohhutbetrieben produziert, bevor eine europäische Überproduktionskrise in den Jahren 1908 bis 1911 deren Anzahl bis zum Beginn des 1. Weltkrieges auf 26 reduzierte.

Inzwischen war zusätzlich 1899 die Kunstblumenfabrik B. Achberger & Sohn gegründet worden, zunächst in Scheidegg, fortgeführt ab 1907 im Fabrikneubau in Lindenberg. Eine Genossenschaftsbleicherei, private Bleichereien, Färbereien, Hutleder- und Hutfutterfabriken, Verpackungsfirmen, Fabriken zur Herstellung von Hutformen und Handelshäuser für den regionalen und internationalen Einkauf von Vorprodukten bis aus China kamen allein in Lindenberg hinzu.²

In Weiler begünstigte die Wasserkraft der Rothach den Mechanisierungsprozess des bisherigen textilen Hausgewerbes. In den Jahren 1861 bis 1864 ließ der aus Lindenberg stammende Alois Rädler im Ortsteil Bremenried etappenweise eine Spinnfabrik an die Rothach bauen. Georg Rädler, führender Kopf des Verlags-Hausgewerbes am Ort, ließ 1864 etwas Bach aufwärts seine Spinnfabrik „Raedler & Co.“ errichten, die spätere Spitzenfabrik Reusner. Noch weiter aufwärts folgte 1867 die Spinnerei von Kiene und Forster. Forsters waren eine der großen Augsburger Textilindustriellen jener Zeit. 1872 verkaufte Alois Rädler sein Bremenrieder Areal an die Firma M. Droßbach & Cie., Flachs-, Hanf- und Abwergspinnerei in Bäumenheim bei Donauwörth. Kiene & Forster verkauften 1879 ihre Fabrik an die badische Firma L. Stromeyer & Co. in Konstanz, welche diese als „Obere Fabrik“ zu einer Näherei umwandeln ließ. 1889 erwarb Stromeyer auch die Bremenrieder Fabrik und wandelte diese als „Untere Fabrik“ in eine große Weberei um. Um das Jahr 1900 produzierten bereits rund 200 Beschäftigte an 250 Webstühlen Baumwoll-Segeltücher für Zelte und Wagenplanen in den beiden Stromeyerschen Fabriken am Ort.

Hinzu kamen 1890 die Strohhutfabrik Seeberger und 1907 jene von Milz & Karg.³

In Teilen des 1863 stillgelegten Eisen- und Hammerwerkes in Schüttentobel bei Ebratshofen wurden 1869 eine mechanische Weberei und 1892 eine Spinnerei errichtet.

In Hangnach, in der Gemeinde Bösenreutin bei Lindau, ließ die Familie Eglin die 1856 aufgelöste Papierfabrik des Ravensburgers Christian Kutter zu einer Spinnerei umbauen. Kutter hatte das Anwesen 1811 vom Rentamt Lindau erworben, auf welchem zuvor eine Leinwand- und Bleicherwalke betrieben worden war.⁴

In Lindau spielte, im Unterschied zu Lindenberg und Scheidegg und noch deutlicher als in Weiler, Kapital von außerhalb die entscheidende Rolle bei der Einfüh-

rung der Textilindustrie. Dies, obwohl beispielsweise die in Lindau und Arbon beheimateten Zweige der Patrizierfamilie von Eberz ihren Reichtum bis zum Ende des 18. Jahrhunderts nicht nur aus ihrem europäischen Leinwandhandel, sondern insbesondere aus den entsprechenden Veredelungsmanufakturen in Arbon bezogen, in Lindau selbst aber nicht investierten.

Dort ließ der aus München stammende jüdische Lotkollekteur Jacob Alexandersohn in Form einer Baumwollmanufaktur bereits seit 1817 auf dem damaligen Lindauer Oberhof bei Weißenberg Landweber für sich arbeiten. Der aus St. Gallen stammende christliche Kaufmann J. G. Wartmann, verheiratet mit der Tochter Regina des Lindauer Posamentiers Thomas Fels, verlegte die Fabrikation von Litzen und Schuhbändern nach einem Brand auf der Insel 1839 in das erste Stockwerk der Unterstegmühle an der Ach in der Landgemeinde Aeschach. Müllerknecht J. Georg Grübel beobachtete die Tätigkeiten der dortigen Arbeiterinnen, die mit durch Wasserkraft angetriebenen Maschinen die Bänder, Schnüre und Litzen herstellten, baute ähnliche Maschinen nach und eröffnete 1842 am Wolfsbach in Heimesreutin eine eigene teilmechanisierte Litzenfabrikation. Noch 1850 bot der Münchner „Tierhaarzubereitungsfabrikant“ Rosenbaum der „Armen-Beschäftigungsanstalt und Flachsspinnerei“ im Arbeitshaus der Stadt Lindau Zulieferungsaufträge an.

Die eigentliche Textilindustrie Lindaus aber hielt mit der „Köchlinfabrik“ in der Gemeinde Reutin Einzug. Das dortige alte Kupferhammerwerk der Familie Gullmann wurde 1863 gemeinsam von Robert Gruber, Besitzer des zuvor städtischen Bleichgutes, Kaufmann Heinrich Gruber aus Aeschach und dem Kaufmann Gustav Kauth aus dem schweizerischen Thalweil bei Zürich erworben, um es in eine Seidenweberei mit Färberei, Druckerei und Appretur umbauen zu lassen. Wenige Jahre später erwarben diese die Gebrüder Schmid, danach Ferdinand von Schwärzenbach aus Bregenz und 1878 der aus Kempten stammende Färber



Teile der Belegschaft der Stoffdruckerei Reichart im Köchlin in Lindau-Reutin im Jahre 1903.

(Foto: Arthur Eckerlein, Repro: Karl Schweizer)

und Textildrucker Johann Remigius Reichart. 1897 erfolgte die Teilumstellung von Hand- auf Maschinendruck. 1903 färbten dort 13 Arbeiterinnen und 45 Arbeiter Baumwollstoffe für Kleider, Schürzen, Haus- und Tischwäsche und Kopftücher.⁵

1888/89 ließen die schweizerischen Investoren Hoz, Ott & Co. in Lindau-Zech an der Straße nach Hörbranz eine weitere Stoffdruckerei errichten, heute „Hoeckle“.

Die nötige Energie lieferte ein Dampfkesselhaus. Zehn Jahre später ließ sich darin die Fahrzeugfabrik Bilgeri, Wurzer und Lauster nieder. Ihr folgte die Tüllfabrik Kintzinger und Schmückle.⁶

Die Arbeitsbedingungen

Selbst die um Harmonie bemühte Kleinbürger-Zeitschrift „Die Gartenlaube“ kam in ihrer Ausgabe Nr. 38 vom Jahre 1890 punktuell nicht um eine realistische Schilderung der Arbeitsbedingungen in der Textil- und Strohhutindustrie auch in der Gegend um den Bodensee und im Westallgäu herum:

„Zum Nähen der Strohhüte an der überaus rasch arbeitenden Strohhutnämaschine gehört ein sehr geübtes Augenmaß und eine rasche, kunstfertige Hand ... Nur auf Augenblicke unterbricht die Näherin das Nähen auf

der mit nervösem Zittern wie rasend arbeitenden Maschine und stülpt den fertigen Teil des Hutes über eine Holzform ...

Die Näherinnen sind dadurch (durch die Nähmaschine K. S.) einer mühseligen Stichelei enthoben, die ihnen nur zu oft die Finger bluten gemacht hat ...“.

Nach englischem Vorbild waren 1878 auch im deutschen Kaiserreich die Fabrikinspektoren zur Kontrolle der Einhaltung der Reichsgewerbeordnung von 1872 eingeführt worden. Bruno Schoenlank, marxistischer Sozialdemokrat in Bayern, schrieb in den Jahren der gegen die SPD und die sozialistischen Gewerkschaften gerichteten „Sozialistengesetze“ von 1878 bis 1890 regelmäßig über die Berichte der Fabrikinspektoren, so beispielsweise auch 1887:

„Natürlich ist es vor allem die Weiber- und Kinderarbeit, die sich der schwäbische Kapitalist zu Gemüte führt ... Ferner möchte ich die Flachs-, Hanf- und Weißspinnereien zu denjenigen Betrieben zählen, welche mit besonderer Gefahr verbunden sind. Hier liegt die Gefahr einerseits in dem massenhaft auftretenden, für die Lungen gefährlichen kieselsäurehaltigen Staube, andernteils in den mit dem Nassspinnen verbundenen heißen und übelriechenden Dämpfen ... Ungefähr 80 Prozent sämtlicher

Etablissements bleiben unbeaufsichtigt, und die inspeziierten sehen den Beamten einmal im Jahre und nicht wieder ...“⁷

Die in Augsburg erscheinende „Schwäbische Volkszeitung – Organ für die Interessen des Volkes“, war damals in bayerisch Schwaben die sozialdemokratisch-sozialistische Regionalzeitung für die SPD und die freien Gewerkschaften. Diese veröffentlichte einen aufschlussreichen Bericht „Aus dem westlichen Allgäu“ am 13. Februar 1907, dem Tag einer hier beabsichtigten Gewerkschaftsversammlung:

„Dass hier sehr vieles faul ist und dass man vielfach die bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen völlig ignoriert, das ist schon zum Teil aus den alljährlichen Berichten der Fabrikinspektoren zu entnehmen. Heute wollen wir einmal eine Reihe von Missständen aufdecken, die in der Zeltfabrik von Stromeyer & Cie. in Weiler gang und gäbe sind. In dieser Fabrik werden Kinder – freilich nur solche von Arbeitern – im Alter von 10 und 11 Jahren beschäftigt. Ein Spulmeister, dem diese Arbeitskräfte unterstellt sind, kann es noch fertig bringen, diese armen Teufel, die schon ihre Jugend dem Moloch Kapital zum Opfer bringen müssen, noch zu misshandeln, indem er sie bei dem geringsten Fehler auf die Finger und an die Ohren schlägt, sodass selbst diese Kinder das Eldorado der Fabrik wieder verlassen. Auch ein Werkmeister glaubt, seinen Arbeitern gegenüber die Prügelstrafe in Anwendung bringen zu müssen.

Dazu besteht in der dortigen Fabrik noch ein raffiniertes Strafsystem, und ist der Obermeister Nuderer der Großinquisitor. Das geringste Vergehen oder Versehen wird von ihm gemeldet, der Schwerverbrecher nach dem Kontor geschleppt und die Verurteilung zu einer empfindlichen Geldstrafe ist fertig. Für die Fabrik soll das Geschäft ziemlich rentabel sein.

Aber was kümmert es den Unternehmer, ob der Arbeiter von seinem Lohne leben kann, ob sich die von ihm beschäftigten und ausgebeuteten Kinder schon in ihrer



Die Schwäbische Volkszeitung der Sozialdemokratie in Augsburg und bayerisch Schwaben war bis zum Ende des 1. Weltkrieges auch für Textilgewerkschafter im Westallgäu und in Lindau die wichtigste Informationsquelle. Die Ausgabe vom 13. Februar 1907 enthielt zwei Berichte zur Lage der Lohnabhängigen im Textilgewerbe im Westallgäu. (Quelle: Staatsbibliothek Augsburg)

Jugend die Schwindsucht in den Fabriksälen holen, ob ihnen die ganze Jugend verbittert wird. Für den Fabrikanten, den Aktionär ist der Profit, die Dividende die Hauptsache, mögen die Arbeiter dabei zu Grunde gehen!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Nicht dieser Agitator, der den Fabrikanten so im Magen liegt, will den Frieden zerstören, das haben diese Herren schon längst selbst besorgt – durch ihre Ausbeutung und Profitsucht ...“⁸.

Hans Brey, eines der ersten Gewerkschaftsmitglieder in Lindenberg, schilderte die Situation in seinen Erinnerungen u. a. folgendermaßen: *„Das Beschäftigungsverhältnis vor 1900 war damals anders als heute, denn man arbeitete im kleinen Taglohn (also mit Verpflegung und Wochengeld), bis am 6. November 1899 der große Taglohn mit pro Tag 2,20 Mark bei elfstündiger täglicher Arbeitszeit eingeführt wurde.*

Damit wurde auch keine Verpflegung mehr abgegeben. Diese Löhne wurden jedes weitere Jahr um 20 Pfennige erhöht, bis 1906 Stundenlöhne von 37 Pfennigen eingeführt und ausbezahlt wurden. Bis zu dieser Zeit waren die Hutarbeiter noch nicht organisiert ...“⁹.

Trotzdem kam es schon damals gelegentlich zu solidarischen Versuchen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. So streikten die Spinnerinnen und Spinner der Leinenspinnerei Raedler & Co. in Weiler/Allg. bereits im November 1872 erfolgreich einen Tag lang für eine Lohnerhöhung.¹⁰

Schwierig für Gewerkschaften

Hans Brey schildert auch anschaulich die seinerzeitigen Schwierigkeiten, im Westallgäu auf der Grundlage der Prinzipien Solidarität und Kampfbereitschaft gewerkschaftliche Organisationen aufzubauen: *„Zur Gründung einer Gewerkschaft stand man vor schwierigen Verhältnissen. Das Misstrauen der ländlichen Arbeitnehmer infolge mangelnder Organisationskraft und der liberalistische Geist in den Amtsstuben der Vorkriegszeit hinderten all diese Bestrebungen.*

Bekanntlich waren im Gemeinderat in der Mehrzahl Hutfabrikanten und ein paar Zentrumsleute, denen es um ihre finanziellen und wirtschaftlichen Interessen ging, und somit einen Gegendruck auszuüben versuchten.

Jedes ungesetzliche Mittel war für sie wertvoll, die Gründung einer freien Gewerkschaft zu verhindern. Auch ein Teil des örtlichen kleinen Zentrumsblättchens leistete seinen Beitrag ...

Aber auch andere Umstände trugen zur Behinderung bei, z. B. die Gefahr um den Verlust des Arbeitsplatzes bei saisonmäßiger Beschäftigung sowie die Beitragsfrage und insbesondere die Entmutigung, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, die seitens der Fabrikanten mit Entlassung geahndet wurde. In dieser Angelegenheit waren sich alle Arbeitgeber einig, wenn es um eine Entlassung ging und somit der Arbeitnehmer bei einer anderen Firma keine Arbeit mehr bekam ...“¹¹

Hinzu kamen von Gewerkschaftsmitgliedern selbst gemachte Fehler, wie sie der Kollege aus Weiler/Allg. auf der Konferenz der Textilarbeiter Ende Dezember 1903 in Kempten beklagte: *„... dass hier ebenfalls durch unkluges Vorgehen junger unerfahrener Kollegen die Filiale im Zusammenfalle war, jedoch glücklicherweise durch energisches Eingreifen seitens des Kollegen Huber (aus Kempten, K. S.) die Mitglieder zum größten Teile vor dem Austritt bewahrt und eine Sektion von Kempten gegründet werden konnte ... Er bittet, sie in ihrem Winkel nicht vergessen zu wollen“¹².*

Bereits 1890 hatte die Unternehmerseite den ersten Lindenerger Strohstofffabrikanten-Verband zur eigenen gezielten Interessenvertretung gegründet.

Die Gewerkschaften werden trotzdem gegründet

Bereits in Lindau erster Arbeiterorganisation, dem Arbeiterbildungsverein von 1851, gehörte ein Schneider zu den Gründungsmitgliedern. Ein Jahr später wurde dieser polizeilich verboten.

1876 kam es in Lindau zur Gründung einer ersten Ortsgruppe einer „freien“, sozialdemokratisch-sozialistischen Gewerkschaft. Georg Schacht und Friedrich Kaevalow meldeten beim Magistrat der Stadt die Gründung einer Ortsstelle des „Hutmacher-Central-Vereins“ an. Dieser war 1871 in Altenburg in Thüringen gegründet worden. Als „freie“ Gewerkschaften bezeichneten sich diese Arbeiterorganisationen, da sie nicht mehr von den Kirchen, der katholischen Zentrumsparterie oder den liberalen Bürgerparteien abhängig waren.

1894 wurde dem Lindauer Magistrat die Gründung eine „Filiale Lindau des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“ mit Sitz in Flensburg gemeldet. Der gesamte erste Vorstand arbeitete für die Schneiderei Riedl. Die zehn Gründungsmitglieder stammten gebürtig außer aus Lindau bis von München und Dresden.

1898 kam die Filialgründung des „Krankenunterstützungsverbandes der Schneider in Braunschweig“ hinzu. 1901 gründeten Lindaus freie Berufs- und Branchengewerkschaften ihren örtlichen Dachverband, den „Gewerkschaftsverein Lindau und Umgebung“, welchem im Jahre 1907 elf Einzelgewerkschaften mit zusammen 338 Mitgliedern angehörten.

Vom 5. bis zum 9. April 1908 kam es in Lindau zum ersten Streik in der Bekleidungsbranche. Neun im Verband organisierte Schneider aus zwei handwerklichen Schneidereien erreichten dadurch einen ersten örtlichen Tarifvertrag über ihre Arbeitsbedingungen. Der Stundenlohn für Reparaturarbeiten wurde von 30 auf 35 Pfennige erhöht. Die Stücklöhne erfuhren eine Erhöhung um 15 Pfennige, sodass ein lohnabhängiger Schneider nun für die Herstellung eines Fracks 15 Mark, für die einer Hose 3,50 Mark erhielt. Die reguläre Arbeitszeit erhielt eine Begrenzung auf 10 Stunden täglich. Bei Überstunden mussten statt 35 Pfennigen nun 40 Pfennige bezahlt werden. Die Kündigungsfrist wurde auf 14 Tage festgeschrieben.

Im Westallgäu erfolgte die Gründung der Filiale des



Plakat des Verbandes deutscher Textilarbeiter zur öffentlichen Versammlung am 13. Februar 1907 in Ried zwischen Weiler und Lindenberg. Die örtliche Polizei verbot noch am Sonntag die Veranstaltung mit Gewerkschaftssekretär Wilhelm Deffner aus Augsburg. Deffner (1871 bis 1977) sprach trotzdem 1911 in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat im damaligen Lindener Löwensaal vor großer Versammlung gegen die Kriegsgefahr.

(Quelle: Staatsarchiv Augsburg, BA Lindau Nr. 3610, Repro: Schweizer.)

„Deutschen Hutarbeiter-Verbandes“ am 26. März 1906. Schwierige Vorarbeiten waren zu überwinden gewesen. Hans Brey schildert als Augenzeuge die Ereignisse:

„Unter diesen Umständen war es sehr schwierig, die Vorarbeiten zu vollziehen. Doch dessen ungeachtet versuchte ein Kollege namens Heinzmann aus München, der dort Zahlstellenleiter einer Berufsorganisation war und selbst ein kleines Hutgeschäft betrieb, Fühlung mit Berufskollegen von hier aufzunehmen.

Er konnte nur vereinzelte Hutarbeiter aber in geheimer Art am Biertisch in Restaurants über den Zweck seiner Reise informieren. Durch wiederholte Fühlungsnahme wurde er bei unseren Kollegen bekannt, und es schenken ihm eine kleine Anzahl Vertrauen. Da man zu einer Gründungsversammlung ein Lokal benötigte, stieß man neuerdings auf Schwierigkeiten. Man spürte fremde Luft, indem die Gasthofbesitzer dort vermutlich schon unter dem Druck der Fabrikanten standen und in Lindenberg kein Lokal erhältlich war.

In dieser Situation fand nach geraumer Zeit dennoch die geplante Gründungsversammlung am 26. März 1906 im Gasthof „Zur Krone“ in Weiler statt, bei der zirka 80 bis 100 Personen erschienen waren. Dieselbe wurde von einem Referenten im Auftrage des Zentralvereins für alle in der Hut- und Filzwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen durchgeführt ...

Bald nach Gründung der freien Gewerkschaft, noch im selben Jahre (Herbst 1906) wurde unter Anleitung des seinerzeitigen Kaplans Dr. Dörfler die christliche Gewerkschaft ins Leben gerufen. Diese Gründung hat durch die konfessionelle sowohl als auch die politische Einstellung seitens der Bevölkerung günstigen Anklang gefunden, insofern sofort ein Versammlungslokal (Gasthaus zur Traube) zur Verfügung stand. Erinnerlicherweise war der Stamm 20 bis 30 Mitglieder, die nach Bildung eines Ausschusses von Vorstand Pfarrer Mayer ehrenamtlich verwaltet wurden ...“ 13.

Der Münchener freie Gewerkschaftssekretär erinnerte sich an die Gründungszeit in Lindenberg wie

folgt: *„Unsere Flugblätter konnte ich nur abends austeilen. Der Wirt, bei dem ich mich einquartieren wollte, hat mich hinausgeworfen. Seine Gäste ‚duldeten‘ das nicht. Auch aus anderen Restaurants wurde ich hinausgeekelt, obwohl ich kein Wort gesagt habe. Der Arm der Fabrikanten war lang“* 14.

Trotzdem gelang es bereits 1906, im Gasthaus „Rieder Höhe“ von Josef Anton Huber zwischen Lindenberg und Weiler die erste sozialistische Feier des 1. Mai durchzuführen. Hauptredner war Hans Rollwagen, der Gründer der „Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg vom Jahre 1900.

Ein historischer Rückblick im Mitteilungsblatt der Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB) von 1959 hielt die weitere Entwicklung fest:

„Endlich fand man 1911 in Lindenberg ein Versammlungslokal. Zu der ersten Versammlung hatten sich auch die meisten Fabrikanten eingefunden! Der Referent musste den Abend mit folgenden Worten einleiten: ‚Wie ich sehe, sind fast mehr Fabrikanten erschienen als Arbeiter. Ich setze die Versammlung zehn Minuten aus. Bitte wollen sie während dieser Zeit verschwinden!‘ Die Unternehmer tranken ihr Bier aus und gingen bis auf einen, der meinte, ‚man wird doch wohl noch zuhören dürfen‘.

Von den Lindenger Kollegen sah sich niemand in der Lage, sich offen für die Interessen der Hutarbeiter einzusetzen.

Hauptamtliche Sekretäre gab's damals im Allgäu nicht, und eine ehrenamtliche Tätigkeit hätte den sofortigen Verlust des Arbeitsplatzes zur Folge gehabt. Die Lindenger fanden aber trotzdem einen Ausweg, der den heute noch Unorganisierten zu denken geben mag: Sie gewannen einen Bürstenmacher (Karl Aßfalg, K.S.) als ihren Agitator. Der war nämlich gegenüber den Hutfabrikanten unabhängig und brauchte wegen seiner Tätigkeit nicht um seinen Arbeitsplatz zu bangen ...

Dennoch ließen die Lindenger Hutfabrikanten nichts unversucht, auch jenem Bürstenmacher ‚das Handwerk zu legen‘. Sie forderten dessen Arbeitgeber auf, die-



Wilhelm Deffner feierte am 12. Mai 1971 in Augsburg die Vollendung seines 100. Lebensjahres und verbrachte wenig später in Lindenberg einen zweiwöchigen Erholungsurlaub.

(Quelle: Stadtarchiv Augsburg, Bild: Fred Schöllhorn)

sen Mann zu entlassen, sonst würden sie das Geschäft des Meisters boykottieren ...

Beide Verbände, die 'freien' und die 'christlichen' Gewerkschaften, machten bis zum Ende des 1. Weltkrieges wechselvolle Entwicklungen durch. Mitglieder wechselten von der einen zur anderen Gewerkschaft, und die

eigentliche Stärke der Organisation, geschlossen den Unternehmern gegenüber aufzutreten, litt erheblich¹⁵.

Während des 1. Weltkrieges (1914 bis 1918) beugten sich die Gewerkschaftsführungen dem nationalistischen Druck von Staat und Bürgertum und stellten das Kämpfen ein. Die Lindenberger Produkte waren zu einem beachtlichen Teil nun Strohsohlen, Strohtaschen sowie Pferdehauben und Pferdefutterbeutel aus Stroh für die Armee.

Der Krieg erzwang auch zahlreiche Verschlechterungen. War beispielsweise die tägliche Arbeitszeit für Arbeiter bei der Scheidegger Strohhutfabrik Wolber & Baldauf in der Arbeitsordnung von 1913 auf die Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends beschränkt worden, so bemühte sich die Firmenleitung von Milz & Co. in Lindenberg zu Beginn des Jahres 1915 beim Bezirksamt Lindau um die Genehmigung einer Arbeitszeitverlängerung. Das preußische Kriegsministerium erreichte „zur Sicherstellung dringender Heereslieferungen in Leinensegeltuchen der Firma Stromeier, Konstanz, für deren Fabrik in Weiler Erlaubnis für unbeschränkte Arbeitszeit“¹⁶.

Reicharts Stoffdruckerei in Lindau-Reutin hingegen musste wegen Auftragsmangels von 1916 bis 1918 die Produktion einstellen.

Die Revolution bringt das Kriegsende und eine andere Ordnung

Die zwei russischen Revolutionen von 1917 leiteten die Wende ein. Ihnen folgte in Deutschland die Novemberrevolution von 1918. Kleine örtliche Änderungen drückten ebenfalls die damalige Aufbruchstimmung aus. „Die noch wenigen Mitglieder der christlichen Gewerkschaft gründeten den ‚Allgäuer Strohhutarbeiterverband‘ (am 6. Januar 1918), der auf parteiloser Grundlage aufgebaut werden sollte. Der Organisation schlossen sich sofort 150 Arbeitnehmer an. Die Arbeitgeber wollten diese junge Gewerkschaft jedoch nicht anerkennen. Sie woll-

ten sich erst dann zu Verhandlungen bereit erklären, wenn mindestens die Hälfte der in Frage kommenden Arbeiterschaft dem Verband angehöre. Diese Bedingung erwies sich indirekt als ausgezeichnete Werbung für den Strohhutarbeiterverband, und bis zum August 1918 stieg die Mitgliederzahl auf 1260 an!“¹⁷

Verbandssekretär war Xaver Wagner in Scheidegg. Regelmäßige Sprechstunden hielt er immer mittwochs und samstags im „Löwen“ in Lindenberg, donnerstags im „Hirsch“ in Weiler und freitags in der „Sonne“ in Scheidegg ab. Zusätzlich gab es Obfrauen und Obmänner in Scheidegg, Weiler, Lindenberg, Heimenkirch, Simmerberg, Opfenbach, Ellhofen und Oberstaufen.

So konnte am 1. Oktober 1918 der erste Tarifvertrag für das Strohhutgewerbe im Westallgäu durchgesetzt werden, welcher in erster Linie den Strohhutnäherinnen eine Lohnaufbesserung brachte. In den Arbeiter- und Soldatenräten, den revolutionären Organisationsstrukturen der Revolution von 1918/19, waren in Lindenberg und Weiler auch Vertreter der Textilarbeiterschaft, nicht aber in Lindau. Im Lindenberger Arbeiterrat war u.a. Bürstenmacher Karl Aßfalg Mitglied, vor dem Krieg ehrenamtlicher Sekretär des Deutschen Hutarbeiterverbandes in der Stadt und nun Ortsvorsitzender der 1912 und 1914 zwei Mal gegründeten Arbeiterpartei SPD. Im Arbeiterrat Weiler waren der Textilarbeiter Xaver Beck, der Fabrikweber Gustav Oder und der Strohhutarbeiter Josef Birk Mitglied. Die weiteren SPD-Ortsvereine wurden in Scheidegg 1918, in Weiler, Weißensberg und Röthenbach/Ellhofen 1919 und in Lindau bereits 1899 und erneut 1905 gegründet. Hinzu kamen in Kritik zur Politik der SPD die Gründungen von Ortsgruppen weiterer Arbeiterparteien, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei USPD 1919 in Lindau und Lindenberg und von Ortsgruppen der Kommunistischen Partei Deutschlands KPD 1919 in Lindau und 1920 in Lindenberg.

Der „Allgäuer Strohhutarbeiterverband“ schloss sich 1921 dem Berufsverband der christlichen Hutarbeiter



Kopf der Zeitung des Allgäuer Strohhutarbeiter-Verbandes in den Jahren 1919 bis 1921. (Quelle: Stadtarchiv Lindenberg)

im Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften an. Damit stellte er auch die Herausgabe der eigenen Mitgliederzeitung „Allgäuer Strohhutarbeiter“ ein, welche seit 1919 dreiwöchig bei Holzer in Weiler gedruckt und verlegt worden war. Das Verbandsbüro befand sich nun in der Holzstraße 3 in Lindenberg.

Die freie Hutarbeitergewerkschaft richtete am 1. Mai 1919 ihre Zahlstelle in der Bürgermeister-Schmitt-Straße in Lindenberg ein. Deren Betreuung übernahm wiederum Karl Aßfalg, der innerhalb weniger Monate die Mitgliederzahl von kaum viel mehr als einem Dutzend auf 620 vergrößern konnte. Mitgliederzeitung war „Der Deutsche Hutarbeiter“ von der Zentrale in Altenburg.

In Weiler gründete die Textilarbeitergewerkschaft 1923 eine eigenständige Jugendgruppe, welche 1924 aus 18 Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren bestand und sich als „Freie Arbeiterjugend“ der SPD Weiler-Simmerberg anschloss. Vorbild war die Lindenberger Gruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend, welche sich während der „Weimarer Republik“ zweimal gründete und vor 1927 für einige Zeit unter der Leitung des

in Lindenberg anwesenden Mitglieds des Hauptvorstandes des Deutschen Hutarbeiterverbandes, E. Herrmann, stand.

Die gefestigten Organisationen und die neue demokratische Ordnung in Folge der Novemberrevolution von 1918/19 hatten Verbesserungen der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter zur Folge, wenn auch in deutlich unterschiedlichem Ausmaß.

„Am 15. August 1919 trat ein Reichslohntarif für die Strohhutindustrie in Kraft, der für gelernte Arbeiter Wochenlöhne von 75 Mark und für gelernte Arbeiterinnen von 50 Mark festlegte. Hilfsarbeiter erhielten vom 21. Lebensjahr an 80 Prozent dieses Lohnes. Dieser Reichstarif sah jedoch für die Lindener Arbeiter einen Abschlag von 20 Prozent auf alle Löhne vor, weil, wie begründet wurde, die Lebenshaltung in diesen Gegenden doch bedeutend billiger sei. Diese Benachteiligung haben die Lindener Hutarbeiter erst nach dem Zweiten Weltkrieg weitgehend aufholen können“¹⁸.

Als Folge des 1. Weltkrieges hatten ab 1919 Preissteigerungen bisher unbekannten Ausmaßes begonnen. Im Frühjahr 1923 kostete beispielsweise 1 Pfund Schweinefleisch 3 800 bis 4 500 Mark und ein einzelnes Ei 340 bis 350 Mark. Der Spitzenverdienst einer Westallgäuer Garniererin betrug deshalb damals pro Woche bei 46 Stunden Tagarbeit und 20- bis 30-stündiger Nachtarbeit 60 000 bis 70 000 Mark. Astronomische Summen, die auf dem Warenmarkt immer weniger Wert hatten. Das Elend im Volk nahm zu, und viele Betriebe stellten ihre Produktion ein.

In Weiler beginnt 1920 der Protest

Während in Lindau die Schneiderinnen und Schneider im März und im April 1920 für drei Wochen um höhere Löhne streikten, führten auch Belegschaften im Westallgäu zwischen 1920 und 1925 vier große Kämpfe mit teils beachtlichen Erfolgen durch.

Im September 1920 erfuhren Belegschaft und Gewerkschaft von Stromeyer in Weiler, dass der Betrieb stillgelegt und die Belegschaft in die Arbeitslosigkeit entlassen werden solle. Die Arbeiterinnen und Arbeiter versammelten sich und beschlossen eine Resolution, die an klassenkämpferischer Klarheit wenig Wünsche offen ließ:

„Die versammelten Textilarbeiter und Arbeiterinnen erheben Protest gegen die Betriebsstillegung und die Arbeiterentlassungen durch die Unternehmer.

Die Betriebsstillegungen haben ihre Ursachen in der kapitalistischen Produktionsweise. Trotz Warenmangel aller Art herrscht eine Krise von ungemeinem Umfang. Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens wird durch diese Verhältnisse auf das Schwerste geschädigt, wenn nicht vollständig unmöglich gemacht.

Die Unternehmer versuchen aus der Krisis noch insofern Gewinn zu ziehen, indem sie den Lohnabbau in die Wege leiten wollen und Bestrebungen in Gange sind, die Arbeitszeit zu verlängern.

Wir fordern angesichts der Notlage der Textilarbeiter:

- 1. Entziehung der absoluten Verfügungsgewalt des einzelnen Kapitalisten über die Fabrik.*
- 2. Beschränkung der Profitwirtschaft durch planmäßige organische Produktion, zwangsweiser Zusammenschluss der Betriebe zu sich selbst verwaltenden Organisationen (Kartellen). Den Selbstverwaltungskörpern steht die Leitung der zusammengeschlossenen Betriebe zu. Die Selbstverwaltungskörper werden gebildet aus Arbeitern und Angestellten, organisierten Konsumenten, Unternehmern und Vertretern der Staatsgewalt.*
- 3. Zwangsweise Weiterführung stillgelegter Betriebe, deren Produktion von Gebrauchsgütern von der Bevölkerung benötigt wird.*
- 4. Möglichste Verhinderung von Stillegungen und Arbeitsentlassungen durch Verkürzung der Arbeitszeit ...“¹⁹.*

Der Betrieb blieb erhalten.

1922 fällte das Landeseinigungsamt für die südbayerische Textilindustrie einen Schiedsspruch, welcher die Regelung der Arbeitszeit mit einer 48-Stunden-Arbeitswoche auf die Reichsebene verwies und in der Lohnfrage eine Erhöhung der Löhne für Arbeiter um 45 Prozent auf 14,10 Mark und jenen der Arbeiterinnen um 35 Prozent vorsah.

Die Gewerkschaftsspitze akzeptierte dieses Ergebnis. Ein Großteil der Gewerkschaftsmitglieder und der Belegschaften aber lehnten das Ergebnis angesichts der rasenden Preissteigerungen ab. Die Preise waren im Vergleich zum Vormonat erneut um 32,4 Prozent gestiegen. In der folgenden Urabstimmung sprachen sich 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder Südbayerns gegen den Schiedsspruch aus, darunter auch die Belegschaft von Stromeyer in Weiler.

Nach einer Streikversammlung in der Schuppschen Gastwirtschaft in Bremenried in der Frühe des Montags traten dort von den etwas über 200 Beschäftigten rund 170 am 24. April 1922 in den Streik. Den rund 30 Streikbrecherinnen und Streikbrechern wurde durch die Betriebsleitung unter Zuhilfenahme der Polizei der Zugang zum Betrieb offen gehalten. Nachdem das bayerische Sozialministerium eilig ein verbessertes Angebot vorgelegt hatte, kam es am Nachmittag zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Gewerkschaftsbasis hatte sich mit einem Teilerfolg gegen die staatliche Einigungsstelle, den Unternehmerverband und die eigene Gewerkschaftsspitze durchgesetzt.



Stempel der Lindener Gruppe des freigewerkschaftlichen Deutschen Hutarbeiter-Verbandes 1926.

(Repro: Karl Schweizer)

Lindenbergs erster Streik 1923

Mitten in der Hyperinflation verlangten die Lindener Hutkapitalisten am 14. April 1923 von den beiden örtlichen Gewerkschaften die Herabsetzung der im Reichstarif von 1922 festgesetzten Löhne der Garnierinnen, da sie diese Frauen als zu gut bezahlt betrachteten. Sie weigerten sich zudem, ihnen den angesichts der immensen Preisinflation am 11. April 1923 in Berlin vereinbarten Lohnzuschlag zu zahlen. Die Gewerkschaften lehnten dies ab und beriefen eine Versammlung der Garniererinnen ein. Da die Unternehmer stur blieben und sich nur zu einer „provisorischen Zahlung bis auf weiteres“ bereit erklärten, traten die damals 75 Lindener Stroh-Hut-Garnierinnen am Samstag, dem 21. April, in allen acht Betrieben geschlossen in den Streik. 30 der streikenden Arbeiterinnen waren jünger als 21 Jahre und galten damals als noch nicht volljährig. Noch eine halbe Stunde vor Streikbeginn hatte ein Teil der Fabrikanten erklärt, dass „ihre Arbeiterinnen“ nie in Streik treten würden. Nun aber verließen diese unter Anleitung beider Gewerkschaften zu Arbeitsbeginn geschlossen die Fabriken.

Am Mittag erklärten die Unternehmer schriftlich, dass sie die Teuerungszuschläge bezahlen würden, bis dies verbindlich von den Zentralverbänden in Berlin geregelt sei. Am nächsten Montag erschienen die Arbeiterinnen wieder in den Nähsälen und nahmen die Arbeit wieder auf.

Berufsverband christlicher Hutarbeiter

Sitz Lindenberg im Allgäu • Holzstrasse 1, Telefon 53 Sonnenstr. 3
Angeschlossen dem Verbands christl. Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes : Sitz Köln a. Rh.

Lindenberg, den 7. September 1927

Briefkopf des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter 1927. (Quelle: Staatsarchiv Augsburg, BA Lindau, Nr. 4184)

Streik in Schüttentobel/Ebratshofen 1925

Im Sommer 1925 meldete der Polizeiposten Maierhöfen erstaunt dem Bezirksamt Lindau ein im kleingewerblich strukturierten Allgäu seltenes Ereignis. Doch die Lebenssituation der Arbeitenden und die Kunde von erfolgreichen gemeinsamen Verweigerungsaktionen in der Nachbarschaft hatten ihre ermutigende Wirkung nicht verfehlt. Wieder standen Arbeiterinnen an der Spitze der Aktion, organisiert in der Textilarbeitergewerkschaft.

„Am 8. August 1925 sind sämtliche Arbeiter vom Textilwerk Schüttentobel wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Es handelt sich um Personen, größtenteils Frauenpersonen, die in Schüttentobel und Umgebung wohnen und die einen höheren Lohn erstreben.

Um den Betrieb zum Teil aufrecht erhalten zu können, hat die Direktion versucht, andere Leute zu werben, was jedoch nicht gelungen ist; nur ein nichtorganisierter Arbeiter arbeitet. Streikposten sind nicht aufgestellt“.

Drei Tage später war ein Erfolg des solidarischen Kampfes erreicht, und der Polizeiposten notierte:

„Arbeiten seit 11. August 25 wieder. Wollten 7 Pfennige mehr haben. Firma gewährt über die Hälfte der verlangten Erhöhung.“

Ergänzend meldete er die verwendeten vier Lohnstufen: weibliche Löhne: Jetzt 2 bis 3 Pfennige mehr. Männliche Löhne: Bisher zwischen 18 und 46 Pf. Stundenlohn, jetzt zwischen 2 und 4 Pfennige mehr.²⁰

Produktänderungen werden nötig

Durch Änderung der Mode wurde der Herrenstrohhut, der Matelot, immer weniger gewünscht. Von 1924 bis 1927 musste dessen Produktion auf ein Zehntel früherer Mengen verringert werden. Die Lösung lag ab 1928 darin, verstärkt auf die Produktion von Damenstrohhüten sowie von Damen- und Herrenfilzhüten umzusteigen. Gleichzeitig wurde von Seiten der Firmenleitungen

in dieser Krisensituation versucht, die Arbeitsintensität zu verstärken. Die „Schwäbische Volkszeitung“ in ihrer Rubrik „Allgäuer Volkswacht“ schilderte die Auswirkungen u. a. folgendermaßen:

„Aus Lindenberg wird uns geschrieben. Trotz der Arbeitslosigkeit nimmt das Überstundenwesen bei uns immer größere Dimensionen an ...

*In vielen Betrieben müssen Mädchen von 16 bis 18 Jahren bis morgens 1 Uhr arbeiten, oft die ganze Nacht durch. Da kommt es wohl vor, dass diese Mädchen vor Schlaf und Müdigkeit ihr mitgebrachtes Essen nicht verzehren können, dass sie sogar vor der Maschine einschlafen. Verschiedene Firmen haben keinen Tarifvertrag, sie wären also nach der Arbeitszeitverordnung an die 48-Stunden-Woche gebunden – aber bei dem bekannten Herrn-im-Hause-Standpunkt dieser Arbeitgeber ist zu verstehen, dass sie willkürlich Überstunden in jeder Höhe machen lassen ...“*²¹

1929 verschlechterte sich die Wirtschaftslage mit Beginn der Weltwirtschaftskrise erneut und zudem in katastrophalem Umfang, was beispielsweise die Arbeitslosigkeit betrifft. In Lindenberg wurden während dieser Jahre rund 85 Prozent der Arbeitnehmer/-innen der Hutindustrie arbeitslos, allein im Sommer 1930 rund 600 Personen. Trotzdem wurden beispielsweise bei der Firma Reich 1932 gegen Ende der Krise wieder an einem Tag allein 12 000 Hüte produziert. Die Lage der Mehrheit der lohnabhängig Beschäftigten aber war prekär und hoch kompliziert. In Vorbereitung einer großen Mitgliederversammlung richtete sich die freie Gewerkschaft in ihrer Zeitschrift „Der Deutsche Hutarbeiter“ in der Ausgabe vom 5. Oktober 1932 direkt

„An die Allgäuer Hutarbeitschaft!

Es sind Bestrebungen im Gange, die Kollegenschaft durch Unterschrift zum Verzicht auf den Garantielohn zu bewegen. Der Lohn soll so, neben der Notverordnung, abermals gekürzt und unser tarifliches Recht ausgeschaltet werden.



Kopf der Mitgliederzeitung des Deutschen Hutarbeiter-Verbandes 1932. (Quelle: Stadtarchiv Lindenberg)

Not und Elend drücken die Massen, und da kann leicht der Einzelne ein Opfer der Unternehmermaßnahmen werden, wenn er nicht weiß, was zu fordern ist. Wir müssen uns über unser Recht orientieren und für unser Lebensinteresse kämpfen.

Wenn auch einzelne Unternehmer durch den Einkauf von Kartoffeln und auch Kohle soziales Verständnis zeigen, so kann uns das nicht veranlassen, auf unser tarifliches Recht in Lohnfragen zu verzichten ...“

Die Zeit des NS-Faschismus 1933 bis 1945

Doch die Umstellung der Weichen in eine rückwärts gewandte Richtung wurde auf zentraler Ebene bereits vorbereitet und am 31. Januar 1933 mit der Übergabe der politischen Macht in Deutschland an eine Koalitionsregierung Adolf Hitlers mit bürgerlichen Parteivertretern besiegelt. Die Führungen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften schufen selbst in dieser äußerst zugespitzten Situation keine antifaschistische Aktionsgemeinschaft, sodass die Dinge ihren unheilvollen Lauf nahmen. Hans Brey, von 1928 bis 1933 Vorsitzender des Deutschen Hutarbeiterverbandes in Lindenberg, schildert die Situation u. a. folgendermaßen:

„Die braunen Sturmabteilungen Hitlers, die SA und die schwarz uniformierten SS-Verbände, konnten tatsächlich mit ihren immer energischer pochenden und durch ihre Größe imponierenden Aufmärschen und Demonstrationen eine gewisse Beachtung finden ...

Die Lindenberger Ortsgruppe der nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation NSBO bestand zum Jahresbeginn 1933 bereits aus rund 500 Mitgliedern. In jeder Abteilung der Betriebe waren sogenannte Blockwarte. Die Organisation wurde sowohl von der Hauptverwaltung (der freien Gewerkschaft, K.S.), als auch örtlich völlig unterschätzt ...

Die im Monat März fällige Jahresversammlung, die von ca. 25 Mitgliedern der Zahlstelle besucht war und im Nebenzimmer des Gasthauses ‚Bräuhaus‘ abgehalten wurde, stand unter Polizeiaufsicht. Versammlungen mussten nämlich 48 Stunden vor Termin angemeldet werden, andernfalls sie nicht stattfinden durften. Versammlungsberichte und Veröffentlichungen von Gewerkschaften durften keine Anspielungen politischer Art enthalten ...

Die Übernahme der freien Gewerkschaft und der Christlichen Gewerkschaften waren im ganzen Reichsgebiet schlagartig nach dem großen Rummel zum 1. Mai ... Vermögensbeschlagnahmen und Absetzung der Funktionäre gingen damit Hand in Hand ...

Obwohl in der Zahlstelle Kasse und Bücher in bester Ordnung waren, ist es unerklärlich, warum Kollege Rekla als Angestellter bei der Übernahme in Schutzhaft genommen wurde ... Die Abwicklung der Geschäfte erfolgte (nun, K.S.) im sogenannten ‚Braunen Haus‘ in der Schöfflerstr. 2 (NSDAP-Parteihaus) der ehemaligen Hutterlederfabrik Franz Zwiesler ...

Die Grundlagen für den Aufbau der Deutschen Arbeitsfront DAF bestanden in den Betriebszellen, deren Grundgedanke eigentlich die Betriebsgemeinschaft bildete, welche die Unternehmer und die Arbeiter in der gleichen Organisation vereinigen sollte. Aus diesem Modus entstanden auch die Wörter Betriebsführer und Gefolgschaft ...

Im Betrieb war der Betriebsobmann – früher Betriebsratsvorsitzender – als Beauftragter der DAF tätig. Man musste Mitglied der DAF sein, um nicht als Schädling oder gar als Saboteur gebrandmarkt zu werden. Nach diesem Schlage waren die Mitglieder der früheren Gewerkschaften entmündigt und einer Diktatur unterstellt, weil man nicht gegen Mitglieder der gleichen Organisation (Betriebsführer und Gefolgschaft) Kampfmaßnahmen ergreifen konnte, wie früher bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern, z. B. in Tarifsachen, Arbeitsbedingungen usw. Über Tarifangelegenheiten entschied ein ‚Treuhänder der Arbeit‘.

Neben dem Betriebsobmann standen zur Seite die Nebengliederungen der DAF, der KdF-Wart (Kraft durch Freude), der Sportwart, der Werkschutz oder sogenannte Stoßtrupp, die Werkschar, Frauenwalterin und der Luftschutzwart. Der KdF-Wart war besonders um gesellige und unterhaltende Veranstaltungen bemüht ... Der Luftschutzwart sorgte für alle Maßnahmen zum Schutz der Betriebsangehörigen und Betriebsgebäude gegen die Luftangriffe. Er sorgte auch in den Luftschutzräumen für Unterhaltung. Die Arbeitsfront gewährte auch Unterstützungen bei Krankheit, Sterbefällen, Notständen, Arbeitslosigkeit und mit Heiratshilfen. Die Beiträge wurden von den Betrieben beim Zahltag einbehalten und allmonatlich abgerechnet ...“²²

Auch Karl Aßfalg gehörte 1933 zu den politischen Häftlingen.

Die vom „Treuhänder der Arbeit“ zum 1. Mai 1936 für den Bereich der Herren-Strohhutindustrie von oben herab in Kraft gesetzte Tarifordnung sah eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden vor. Darüber hinaus konnte der „Führer des Betriebes“ in den Hauptbeschäftigungsmonaten Mehrarbeit bei Männern von 12 Wochenstunden und bei Frauen von 10 Stunden verlangen. Die Stundenlöhne wurden für Facharbeiterinnen ab 16 Jahren je nach Alter auf 29 bis 48 Pfennige festgesetzt, für Facharbeiter zwischen 39 und 65 Pfennige.

Während des 2. Weltkriegs wurden diese Bestimmungen grundsätzlich wieder über den Haufen geschmissen. Zuvor schon war der Arbeitsdruck auf die Belegschaften kontinuierlich erhöht worden. Die Strohhutfirma Ottmar Reich beantragte wegen guter Auftragslage im Januar 1934 die Ausdehnung der Arbeitszeit für 40 Tage auf 11 2 Stunden in der Näherei und auf 112 Stunden in der Presserei. Die Strickwarenfabrik Spieler & Hauber zog im Sommer des gleichen Jahres nach und erhöhte eigenmächtig wegen Lieferaufträgen an die Armee die wöchentliche Arbeitszeit für 16 Arbeiterinnen auf 59 2 Stunden.²³

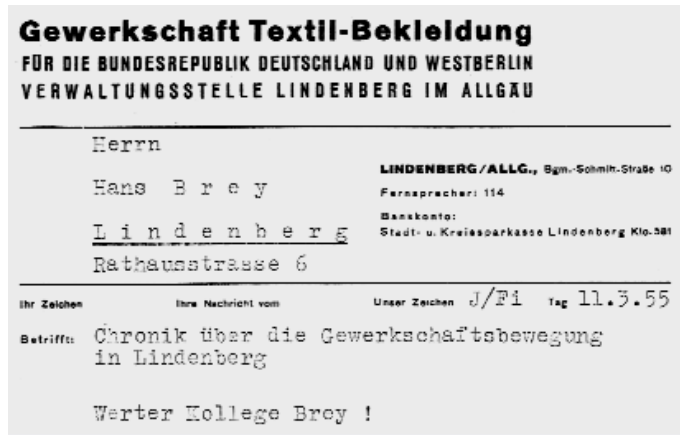
Während des Krieges wurde massiv auf kriegswichtige Produkte umgestellt: Tropenhelme, Schneeschuhe, Gasstrümpfe für Pferde, Schlauchboote usw. Hinzu kam der Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus eroberten Ländern. So umfasste beispielsweise das entsprechende Lager in Scheidegg 70 Personen, das in Wohmbrechts 65 und jenes in Ebratshofen 75. Doch profitierten davon nicht nur die Strohhut- und Textilunternehmer, sondern beispielsweise auch die Scheidegger Skifabrikanten und die Landwirtschaft.

Kämpferischer Neuanfang nach 1945

Die Neugründung einer freien Gewerkschaft der Textilarbeiterinnen und Arbeiter im Landkreis Lindau hatte zwei Besonderheiten. Sie fand nicht wie bei den anderen Einzelgewerkschaften bereits Anfang Dezember 1945 statt, sondern erst am 14. Juli 1946, und sie hatte ihren Sitz nicht in Lindau, sondern in Lindenberg.

Diese neuen Einheitsgewerkschaften vereinigten nun Christen und Nichtchristen, Anhänger der Sozialdemokratie und des Kommunismus ebenso, wie der bürgerlichen Parteien, insbesondere der CSU.

Delegierter der Textilgewerkschaft in der Kreisversammlung des am 12. September 1946 gegründeten Gewerkschaftskartells im Kreis Lindau wurde Karl



*Briefkopf der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Lindenberg nach dem 2. Weltkrieg.
(Quelle: Stadtarchiv Lindenberg)*

Aßfalg aus Lindenberg. In Lindau und Weiler wurden nur Nebenstellen der Textilgewerkschaft gegründet. 1947 wurde Max Johler (1921–1985) zum Sekretär der Gewerkschaft Textil und Bekleidung im Landkreis gewählt. Er stammte aus Lindenberg, hatte dort bei Aurel Huber den Beruf des Lohnbuchhalters gelernt und wurde im 2. Weltkrieg schwer verletzt. Deswegen konnte er die Gewerkschaftsarbeit zunächst nur halbtags erledigen. 1951 und 1952 bildete er sich meist während den Wochenenden an der Akademie der Arbeit des DGB in Frankfurt zum Arbeitersekretär aus.

Bereits zum 1. Mai 1947 war die Gewerkschaft der Textilindustrie mit rund 600 Mitgliedern zur zweitgrößten innerhalb des Landkreises Lindau angewachsen. Zu Beginn der 1950er-Jahre umfasste die Anzahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute allein in den Lindenerger Betrieben rund 30 Kolleginnen und Kollegen, und etwa 90 Prozent der Belegschaften waren gewerkschaftlich organisiert.

Am Montag, dem 9. August 1948, fand im ganzen Kreisgebiet ein eintägiger Generalstreik gegen Preis-

überhöhungen, Demontagen und für eine Verbindlichkeitserklärung der Urlaubsregelung für 1948 statt. Rund 800 Streikende versammelten sich unter der Leitung von Max Johler in der Lindenerger Turnhalle. Zur vorbereitenden Betriebsräteversammlung am Vorabend waren lediglich die Vertreter zweier Betriebe aus Heimenkirch und Meckatz nicht erschienen.

Die gewerkschaftliche Alltagsarbeit bestand in der großen Mehrzahl aus der Kontrolle, ob die Unternehmerschaft die gültigen Tarifverträge und Arbeitsgesetze einhielt, der juristischen Vertretung sowie der Information und Fortbildung der Mitglieder. So informierte sich beispielsweise Max Johler im Dezember 1950 beim Betriebsratsvorsitzenden von Escher-Wyss in Lindau über den gültigen Tarifvertrag für Aluminium-Gießer, da diese in Lindenberg für die Hutfabriken Hutformen herstellten und im Vergleich zu anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland unterbezahlt waren.

Lindenbergs großer Hutarbeiterstreik 1953

Am 19. Januar 1953 informierte die Lindenerger Verwaltungsstelle der Gewerkschaft Textil-Bekleidung die Arbeiterinnen und Arbeiter der Westallgäuer Hutindustrie per Flugblatt, dass sie den Lohntarifvertrag vom Februar 1951 am 23. Dezember 1952 zum 31. Januar 1953 gekündigt und die Unternehmerschaft zu Neuverhandlungen aufgefordert habe. Begründet wurde der Schritt mit dem *„unaufhörlichen Steigen der Lebenshaltungskosten ... Es geht jetzt darum, ein weiteres Absinken des Lebensstandards zu verhindern und das Anwachsen der Not in vielen Familien aufzuhalten, bzw. zu unterbinden“* ²⁴.

Die gewerkschaftlichen Beratungen dazu hatten im Oktober 1952 begonnen.

Der Tarifvertrag von 1951 legte die Stundenlöhne abhängig vom Alter für Facharbeiterinnen zwischen 0,73 DM und 0,91 DM, die der Facharbeiter zwischen 0,91 DM und 1,14 DM fest, jene der Hilfsarbeiterinnen

zwischen 0,51DM und 0,73 DM und die der Hilfsarbeiter zwischen 0,64 DM und 0,91 DM. Die Monatsvergütungen für die Auszubildenden reichten je nach Alter und Lehrjahr von 45,- DM bis 82,50 DM. Das Kilo graues Mischbrot kostete damals 50 Pfennige und nach Wegfall der Konsumbrotsubventionierung 65 Pfennige. Ein Hutarbeiter beschrieb das Entlohnungssystem und den damit verbundenen Leistungsdruck mit den Worten: *„Die hond Leute eingruppiert als minderleistungsfähig, wo ma erst später draufkomma ist, nach Monaten usw. Mit allen Tricks au hond die damals gearbeitet, um die Löhne zu drücken ... wenn die gseha hond mir hams Monopol und wo will der Einzelne hingehen. Der Einzelne stand unter Druck ... ja, die Ungerechtigkeit war schon vorhanden, war schon der Ausschlag zur Streikbereitschaft“* 25.

Doch der Unternehmerverband lehnte Neuverhandlungen „bis auf weiteres“ ab, um angeblich „die Konkurrenzfähigkeit der Westallgäuer Hutindustrie“ zu erhalten. Außerdem betrachtete er alle kommenden „gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen“ als rechtswidrig. Trotzdem erschienen rund 1600 Lohnabhängige während der Arbeitszeit am Nachmittag des 4. Februar zur Protestversammlung im „Löwensaal“. Die mit Beifall beschlossene Resolution forderte von den Unternehmern nochmals Verhandlungen über die Angleichung der Westallgäuer Löhne an das bayerische Lohnniveau mit dem Spitzenstundenlohn von 1,32 DM für Facharbeiter. Andernfalls sehe man sich zum Streik gezwungen, auch wenn man Verhandlungen vorziehe. Die Arbeitgeberseite lehnte erneut ab und teilte dies der Gewerkschaft per Brief am 6. Februar und der Öffentlichkeit mit einem ausführlichen Bericht in „Der Westallgäuer“ am 9. Februar mit. Die *„Notwendigkeit der standortbedingten Lohndifferenzierung“* sei gegeben, *„da seit jeher die Allgäuer Hutindustrie in einem schweren Konkurrenzkampf mit den Hutfabriken in Nord-, West-, Mittel- und Süddeutschland und mit der des Auslandes steht“*.

Gewerkschaft „Textil - Bekleidung“ - Verwaltungsstelle Lindenberg

Streikende Arbeiterinnen u. Arbeiter!

„Ihre Kollegen im Rheinland und anderwärts werden Überstunden machen und Sie werden feiern! ...“ So steht es im Brief der Betriebsleitung zu lesen, der den streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern entweder ins Haus zugestellt oder „**liebenswürdigerweise**“ in die Lohtüte gesteckt wurde.

Sie tippen falsch, die Betriebsleitungen! Denn die **Hutarbeiter „anderwärts“** haben uns bereits zugesichert, daß sie sich nicht für das schmutzige Geschäft hergeben, durch Überstundenschinden der streikenden Arbeiterschaft Lindenburgs in den Rücken zu fallen!

„Die Kundschaft wird die uns erteilten Aufträge zurückgeben und die gesamten Aufträge für die laufende Saison anderweitig unterbringen! ...“ So lautet das Klagelied der Betriebsleitungen weiter.

Wo ist das „anderweitig“?

Die **Ecklöhne** der übrigen Hutindustrie liegen bei DM 1,32, 1,34, 1,35. Dazu gewährt die Hutindustrie **anderwärts** noch wesentlich mehr bezahlten Urlaub und **weit höhere** Angestellten-Gehälter! Aber auch diese Ecklöhne sind von der Gewerkschaft im Auftrag der Hutarbeiterschaft „anderwärts“ gekündigt.

Grund: Sie brauchen mehr Lohn, um leben zu können! Genau wie die Lindener Hutarbeiterschaft. So haben die bayerischen Hutarbeiter zu dem gekündigten Ecklohn von DM 1,32 eine Zulage von DM = 20 pro Stunde gefordert.

Wohin also sollen die Aufträge abwandern, wenn die Einkäufer nach wie vor in Lindenberg am günstigsten einkaufen können?

Man hält die Arbeiterschaft wirklich schon für sehr naiv, wenn man von ihr verlangt, daß sie sich mit solcher Schwermut schrecken lassen soll. Es besteht für die Hutindustrie in Lindenberg eine **sehr einfache** Möglichkeit, das Abwandern der Aufträge zu verhindern:

Sie soll die **berechtigten Lohnforderungen** der Arbeiterschaft akzeptieren, dann stehen die Arbeiterinnen und Arbeiter am nächsten Tag wieder in den Betrieben, um mit ihrem sprichwörtlichen Fleiß zu produzieren. Dann können die bisherigen und die seit der Arbeitsniederlegung eingegangenen Aufträge ausgeliefert werden.

Die Firma Gebrüder Wiedemann hat diese Möglichkeit **barait** ergriffen und die **Forderungen der Gewerkschaft voll akzeptiert!**

Damit ist die Voraussetzung geschaffen, daß sie wieder produzieren kann. Warum folgen die übrigen Firmen diesem einzig möglichen und vernünftigen Beispiel nicht?

Es kommt schon beinahe einer Verdummung gleich, wenn man von den streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern verlangt, daß sie das Märchen glauben sollen, die Großfirmen Reich, Milz und Huber hätten nicht die gleiche und bessere finanzielle Möglichkeit, die gerechte Lohnforderung der Streikenden zu erfüllen!

Es ist ein geradesu lächerliches Bemühen seitens der plötzlich so schreibfreudigen Betriebsleitungen, mit Briefen vom Typ „**Kinderschreck**“ erwachsene Menschen davon abbringen zu wollen, einen ausreichenden Lohn für sich und ihre Familien zu erkämpfen.

Die Streikleitung

Flugblatt der Gewerkschaft Textil - Bekleidung in Lindenberg im Streik vom Februar 1953.

(Quelle: Auguste Johler, Lindenberg)

Doch die Gewerkschaft reagierte schnell auf die weitere Polarisierung der Standpunkte und rief bereits am frühen Montagmorgen des 9. Februar mit Plakaten und einem Flugblatt ihre Mitglieder zur Urabstimmung in den „Löwensaal“ und in die Turnhalle auf. Die Betriebe blieben vorerst leer. Durch die Straßen fuhren Lautsprecherwagen der Gewerkschaft und der Unternehmer mit konträren Aufrufen. Um 9.30 Uhr stand das Abstimmungsergebnis fest: 95 Prozent stimmten für Streik, falls nicht doch noch Verhandlungen stattfinden.

Doch diese blieben aus, und trotz Einwirkungsversuchen der Geschäftsleitungen auf die Belegschaften traten diese am Dienstag, dem 10. Februar, nach einem länger als sonst üblich anhaltenden Sirenenton ab 12.00 Uhr in den Streik. Im Löwensaal wurde über Verhaltensmaßregeln informiert. Vor den Betrieben zogen Streikposten auf, die dort bei eisiger Kälte und Ostwind schichtweise die Einhaltung des Streiks überwachten. Über 1 700 Beschäftigte der Firmen Ottmar Reich, Mayser-Milz, Aurel Huber, Gebrüder Wiedemann und Severin Keller streikten. Ausgenommen war die Hutfabrik Gebrüder Fink, früher S. Pfanner, die den Gewerkschaftsforderungen bereits zugestimmt hatte. Die Streikleitung wurde im Gasthaus „Zum Löwen“ eingerichtet. Sie bestand aus den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben unter Vorsitz des Gewerkschaftssekretärs Max Johler, unterstützt von zahlreichen Freiwilligen wie Frau Gusti Johler und von der Bezirksleitung der Gewerkschaft in Augsburg. Im „Löwen“ befand sich auch die Kontrollstelle, deren Bestätigung Voraussetzung zur Auszahlung der Streikgelder war. Dort wurde die Pressearbeit geleistet, wurden Flugblätter erstellt, die Streikposten koordiniert und Beratungen durchgeführt.

Auch in der medialen Öffentlichkeit verschärfte sich mit Presseerklärungen und großformatigen Anzeigen die Situation, insbesondere auf das Wochenende 14. und 15. Februar hin. Per Zeitungsanzeige am Samstag

kündigten die Betriebsleitungen von Ottmar Reich, Mayser Milz & Cie., Aurel Huber und Severin Keller die Entlassung der Streikenden an und dass nach Streikende nur mehr ein Teil wieder eingestellt werde. Am Sonntag verunsicherte der katholische Stadtpfarrer von der Kanzel herunter etliche Streikende mit seinem Aufruf gegen den Streik und prophezeite ein angebliches Chaos. Theo Steiner, damals Hutarbeiter und Betriebsrat erinnert sich: *„Ja, ja, die ham a paar Kündigungen ... au ausgesprocha. Da kann i mi net erinnern, daß mi des groß gestört hat, i mein, soviel Realist ist man, dass die des natürlich au it ungeschehen vorbeigon lond an ihna, dass die au kommen und versuchen, für sich Stimmung zu macha ...“*

Und Gusti Johler, als Ehefrau von Max Johler solidarisch im Streikbüro tätig, erinnert sich, dass man auf Aktionen der Arbeitgeberseite immer sofort reagiert hat. Das heißt, die streikenden Kollegen wurden sofort informiert, und es wurde durch entsprechende Gegenmaßnahmen darauf reagiert. So waren oft Lautsprecherwagen beider Seiten im Einsatz und „Der Westallgäuer“ wurde informiert. Dabei habe man fertige Berichte selbst in die Redaktion nach Weiler hinübergetragen. Aber oft sei dann das Wichtigste vom Redakteur gestrichen worden.²⁶

Die Geschlossenheit der Streikenden, knapp 90 % der Belegschaften und große Teile der Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter waren gewerkschaftlich organisiert, entwickelte mit der Zeit die nötige Kraft, um Verhandlungen zu erzwingen. Bereits am 12. Februar stimmte die Betriebsleitung der Gebrüder Wiedemann einem neuen Lohntarifvertrag mit der Gewerkschaft zu. Noch am Abend des gleichen Tages trafen sich in Lindenberg auf Vermittlung von SPD-Stadtrat Adolf Manz der in München lebende Besitzer der Firma Mayser-Milz, Max Zechbauer, und Gewerkschaftssekretär Max Johler zu einem ersten Gespräch von 23 Uhr bis 3 Uhr morgens.

Am 15. Februar erreichte die Streikleitung ein Fabri-

Auszahlung der Streikunterstützung

Die Auszahlung der Unterstützung an die streikenden Hutarbeiter in Lindenberg für die erste Streikwoche findet im Gasth. „Löwen“ (großer Saal) wie folgt statt:

Firma Mayser-Milz u. Cie., Montag, 16. 2., 9—12 Uhr

Firma Gebr. Wiedemann, Montag, 16. 2., ab 18 Uhr

Firma Ottmar Reich, Dienstag, 17. 2., 9—13 Uhr

Firma Aurel Huber, Mittwoch, 18. 2., 9—12 Uhr

Firma Severin Keller, Mittwoch, 18. 2., 9—12 Uhr

Für die streikenden Hutarbeiter, die nicht in Lindenberg wohnen, findet die Auszahlung der Streikunterstützung für die erste Woche wie folgt statt:

am Montag, den 16. Februar 1953:

Scheldegg u. Umgebung: Gasthof zur „Sonne“ 11—13 Uhr,

Weiler und Umgebung: Gasthof „Krone“ 14—15 Uhr;

am Dienstag, den 17. Februar 1953:

Röthenbach-Bahnhof: 11—12 Uhr,

Röthenbach-Ort u. Umgebung: Gasthof „Post“ 12—13 Uhr,

Brugg und Umgebung: Gasthaus Moser 13—14 Uhr,

Heimenkirch u. Umgebung: Gasthof „Traube“ 15—17 Uhr,

Niederstaußen und Umgebung: Gasthof Elbs ab 17.30 Uhr.

Gewerkschaft Textil, Bekleidung / Streikleitg. Lindenberg

Bekanntgabe von Streikgeld-Auszahlungsstellen für streikende Arbeiterinnen und Arbeiter in „Der Westallgäuer“ vom 16. Februar 1953.

kantenangebot mit einer Lohnerhöhung für den Facharbeiterspitzenlohn von 1,25 DM pro Stunde und der betrieblichen Akkord- und Stücklohnsätze um 4 Prozent, allerdings mit der Klausel, dass die Lindenerger Löhne bei einer kommenden Anhebung der Kölner Tariflöhne weiterhin 12 Prozent unter diesen bleiben sollten. In einer zweiten Urabstimmung am 16. Februar lehnten über 75 Prozent der Abstimmungsberechtigten dieses Angebot ab und der Streik wurde fortgesetzt.

Zwischenzeitlich erlangte der Lindenerger Streik bundesweites Interesse, und die Kölner Hutarbeiter-schaft hatte ihrerseits ausdrücklich die Lindenerger Forderungen übernommen, deren Kern nun nur noch

1,28 DM für den männlichen Spitzen-Facharbeiterstundenlohn umfasste.

Die Arbeitgeberseite reagierte mit einem zweiten Verhandlungsangebot am 17. Februar. Das Ergebnis war ein neuer Lohnarbitravertrag mit der Anhebung des männlichen Spitzenstundenlohnes von bisher 1,14 DM auf 1,28 DM, Anhebung des Spitzenstundenlohnes für Facharbeiterinnen von 0,91 DM auf 1,02 DM, der Wochenlöhne um 12 Prozent, der Akkord- und Stücklohnsätze um 5 Prozent und dem Wegfall der von Unternehmerseite gewünschten 12-prozentigen Lohnminderungsklausel gegenüber den Kölner Tarifen. Alle Streikenden mussten wieder eingestellt, Strafen durch Fabrikanten durften nicht ausgesprochen werden.

Die abendliche erneute Urabstimmung der Gewerkschaftsmitglieder akzeptierte das Ergebnis mit Gültigkeit ab 18. Februar 1953. Am nächsten Tag wurde wieder voll gearbeitet. Die Lindenerger „Huterer“ hatten mit Hilfe der von der Gewerkschaft ausbezählten



Bericht im „Bayerischen Volksecho“ der Landesleitung der KPD vom 18.2.1953 über die Kündigungsandrohungen gegen die streikenden Hutarbeiterinnen und Hutarbeiter in Lindenberg. Das „Volks-Echo“ berichtete in drei Ausgaben ausführlich zum Streik. Lindenerger Kommunisten, die am Streik beteiligt und in der Öffentlichkeit bekannt waren, hielten sich öffentlich bewusst zurück, um den Streikgegnern nicht den Vorwand eines „kommunistisch gelenkten Streiks“ zu liefern.

(Quelle: Bayerische Staatsbibliothek München, Zeitschriftenabteilung, Repro: Karl Schweizer)

Streikgelder einen solidarischen Erfolg errungen, trotz der teilweise nachfolgenden Überstunden in einzelnen Betrieben. Die tiefer greifenden positiven Auswirkungen beschreibt ein Betriebsschlosser von Ottmar Reich wie folgt. *„Es hat an sich gut dong, sie ham amal gwißt, gseha, dass sie nicht mit de Arbeiter tua könna wie se went, da sind die scho a bissle überrascht gwea, dass a so ein Zusammenhalt war ...“*²⁷.

Das eigene Gewerkschaftshaus

Am 19. und 21. November 1955 konnte von der Gewerkschaft Textil – Bekleidung Lindenberg, vom DGB Kreis Lindau sowie vielen Gästen in Lindenberg an der Ecke Heinrich-Brauns-Straße Nr. 13 und Poststraße ein neues eigenes Gewerkschaftshaus eingeweiht werden. Die Gewerkschaftsjugend hatte ihr bisheriges Heim auf dem Gelände des Tannenhofes verlassen müssen, da der Stadtrat dieses für einen Neubau der evangelischen Kirche zur Verfügung gestellt hatte.

Das neue Haus der Textilgewerkschaft im Besitz der Verwaltungsstelle Lindenberg war zum Teil mit Abbruchmaterial des Tannenhofes erbaut worden. Eine ganze Reihe alter und junger Gewerkschaftsmitglieder hatte dabei tatkräftig geholfen. Der Neubau umfasste einen großen Versammlungsraum, vier Gästezimmer mit acht Betten, ein Gästebad, einen Toilettenraum sowie ein Frühstückszimmer für Referenten, Schulungsleiter oder durchreisende Gewerkschaftsmitglieder. Auch stand hier nun das Büro der Ortsverwaltung der GTB unter Max Johler zur Verfügung. Hinzu kamen eine Hausmeisterwohnung und vor dem Haus ein Spielgelände. An der Nordseite war vom Lindener Künstler Luis Gurschler ein modernes aber nur sehr abstrakt gewerkschaftspolitisches Wandbild angebracht worden, das *„nicht den arbeitenden Menschen zeigt“, sondern „den Menschen in der Freizeit, also in jenem Bezirk seines Lebens, welchen zu erringen und mit menschlichem Gehalt zu erfüllen die Gewerkschaft angetreten ist“*²⁸.



Max Johler, Leiter der Verwaltungsstelle Lindenberg der GTB 1955 bei der Einweihung des Gewerkschaftshauses Lindenberg. (Quelle: Auguste Johler, Repro: Karl Schweizer)

Heute befinden sich im Gebäude Werkswohnungen der Telecom.

Während des Kommunalwahlkampfes im November 1958 versuchte das in der CSU organisierte bürgerliche Lager der Stadt dem erfolgreichen Gewerkschaftsfunktionär Max Johler in seiner Eigenschaft als SPD-Stadtrat (1952 bis 1960) mit Hilfe eines sechs Seiten langen und nur auf seine Person bezogenen Flugblattes wenige Tage vor der Wahl zu schaden. Johler hatte in einer zuvor stattgefundenen Gewerkschaftsversammlung erneut u.a. die bis dahin gefährlich einseitig auf die Hutbranche ausgerichtete Industriepolitik in der Stadt kritisiert. Der konservative Angriff misslang, und Johler wurde wieder gewählt. Ein Grund dafür war

auch, dass er vom Krankenbett aus mit Hilfe von Gewerkschafts- sowie SPD-Kolleginnen und Kollegen über Nacht eine 14-seitige Antwort verfasste hatte, welche vervielfältigt und noch rechtzeitig vor den Wahlen an einen Großteil der Lindener Haushalte verteilt worden war. Auch eine Betriebsräteversammlung sprach sich öffentlich „gegen die Diffamierung unseres Vertreters“ aus. Keiner habe in den vergangenen Jahren so viel auch private Opfer für die Arbeitnehmerschaft erbracht wie er.

Eine erste Herzoperation zwang den Gewerkschafter 1965 zunächst teilweise und 1967 ganz auf die Berufsarbeit zu verzichten. Von 1947 bis 1959 war er zudem Vorstandsmitglied der AOK und 1952 hatte er den Lindener Ortsverein der Arbeiterwohlfahrt mitbegründet. 1985 starb Max Johler an Herzversagen nach einer zunächst geglückten Operation.

Streik bei Stromeyer in Weiler 1956

Wieder waren es die närrischen Tage im Februar, und „Der Westallgäuer“ frohlockte: „Die letzte Faschingwoche bringt uns rasch den tollsten Karnevalstagen entgegen“. In seinem Wirtschaftsteil veröffentlichte er einige Renditezahlen schwäbischer Aktiengesellschaften, darunter die Dividenden der Augsburger Buntweberei und der Füssener Hanfwerke mit je 8% für die Jahre 1953 und 1954. Die Textilgewerkschaft hatte ihre Mitglieder zudem darüber informiert, dass der Anteil der Löhne und Gehälter am bundesdeutschen Sozialprodukt 1955 gleich geblieben war, trotz Zunahme des Volkseinkommens insgesamt und einer um sechs Prozent gestiegenen Beschäftigtenzahl.²⁹

Bereits zum Jahresende 1955 hatte die Gewerkschaft Textil-Bekleidung den bisherigen Tarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer in der südbayerischen und in der südwestdeutschen Textilindustrie gekündigt, ihre Forderungen bekannt gegeben und den Unternehmerverband zu Verhandlungen aufgefordert: Erhöhung des Stundenlohns um 20 Pfennige, die Abschaf-



Kopf des Mitteilungsblattes des von Irmgard Löwe (Weiler) geleiteten Bezirks-Frauenausschusses der GTB in den Jahren 1955/1956.

(Quelle: Johann Greßirer, München, Repro: Karl Schweizer)

fung der unterschiedlichen Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Tätigkeit, die Eingliederung der jungen Arbeitnehmer/-innen ab 18 Jahren in die Erwachsenenentlohnung und die Einführung einer Effektivklausel in den kommenden Tarifvertrag, damit tarifliche Lohnerhöhungen von Unternehmenseite nicht wie bisher mit betrieblichen Sonderzahlungen verrechnet werden konnten. Bereits am 10. Februar meldete die Presse etwas vorschnell das Zustandekommen eines neuen Tarifvertrages für Südbayern. Den Schlichterspruch für die südwestdeutsche Textilindustrie mit einer Stundenlohnerhöhung um 14 bis 15 Pfennige, der Einführung einer Effektivklausel bis 7 Pfennige pro Stunde und die Begrenzung der niedrigeren Jugendlöhne bis 18 Jahren hatte zwar die Gewerkschaftsseite akzeptiert, der Unternehmerverband jedoch lehnte ab

und empfahl seinen Mitgliedsfirmen Anfang Februar 1956, statt mit der Gewerkschaft nun mit den einzelnen Betriebsräten Verträge über 11 bis 12 Pfennige Erhöhung abzuschließen. Dies widersprach dem Betriebsverfassungsgesetz, in welchem die Gewerkschaften als Tarifpartner festgelegt sind und eröffnete zudem im Unterschied zu einem Tarifvertrag den Lohnabhängigen keinen tatsächlichen Rechtsanspruch auf die Lohnhöhe.

Irmgard Löwe, damals Arbeiterin bei der Mechanischen Weberei Stromeyer und Co. in Weiler und seit 1954 Mitglied im Bezirks-Frauenausschuss der Gewerkschaft Textil und Bekleidung im Bezirk Südbayern, schilderte nach Streikende dessen Verlauf sehr anschaulich. Das Werk Stromeyer in Weiler mit einer damaligen Belegschaft von rund 250 Menschen, darunter 190 Arbeiterinnen und Arbeiter, hatte im baden-württembergischen Konstanz seine Konzernzentrale und gehörte deshalb zum südwestdeutschen Tarifbezirk.

„Keiner anderen Branche hat man bisher das Recht streitig gemacht, sich den Lohn vertraglich rechtsgültig zu sichern. Vielleicht war man seitens dieses Arbeitgeberverbandes der Meinung, dass es in der Textilbranche, wo zum großen Teil Frauen beschäftigt sind, gelingen würde, die Gewerkschaft auszuschalten. In einer sehr gut besuchten Gewerkschaftsversammlung der Mitglieder unseres Betriebes wurden diese Fragen gründlich diskutiert, und man war sich einig, den Abschluss eines Werktarifvertrages zwischen Firma und Gewerkschaft erreichen zu trachten bis zum Abschluss eines Tarifvertrages zwischen den Spitzenverbänden. Die Urabstimmung ergab 97% Ja-Stimmen für die Arbeitsniederlegung, ...

Ich habe nun zum ersten Mal einen Streik erlebt und war in der Streikleitung tätig. Ich war selber überrascht, was sich da alles tut ... In unmittelbarer Nähe des Betriebes wurde ein Lokal als Streikbüro gemietet. Unser Gewerkschaftssekretär (Max Johler, K.S.) zog mit Schreibmaschine, Vervielfältigungsapparat und zahlreichem

Büromaterial darin ein, und es begann ein reges Leben, meist von früh halb 5 Uhr bis oft um Mitternacht mit der Streikleitung gemeinsam. Streikpostendienst wurde eingeteilt bei eisiger Kälte, und die jungen Mädchen übernahmen den Küchendienst zur Betreuung mit heißen Getränken. Behörden mussten verständigt werden, Listen geschrieben, Kontrollkarten und Protokolle über alle Wahrnehmungen, Sitzungen und Telefongespräche. Ein Kollege war stets startbereit mit einem Auto, ebenso war ein Lautsprecherwagen gemietet. Im Nebenraum wurde sofort ein Tischtennis für die Jugend aufgebaut, Heizkörper herbeigeschafft, Bücher und Zeitschriften lagen aus und ein Radio sorgte für weitere Unterhaltung. Telefongespräche wechselten mit Sitzungen der Streikleitung ab. In großen Streikversammlungen alle zwei Tage wurde den Kolleginnen und Kollegen jeweils die gegenwärtige Lage aufgezeigt.

Besucher kamen von der Bezirksleitung Augsburg, von der Bezirksleitung Stuttgart, vom DGB-Kreisausschuss Lindau, ja selbst von der Presse aus München. Plakate wurden geschrieben und vor dem Lokal in den tiefen Schnee gesteckt.

Kleine Päckchen wurden gerichtet und zur Ermutigung an besonders Betreuungsbedürftige ausgegeben. Bei der bitteren Kälte wurde ein Kohlengutschein dankbar entgegengenommen. Eine kostenlose Filmvorführung wurde durchgeführt und am Faschingsdienstag ein bunter Nachmittag mit dem „Allgäuer Sigg“ mit anschließendem Tänzchen für Jung und alt. Flugblätter und Zuschriften wurden ausgetragen und zwischendurch immer wieder Verhandlungen mit der Firma an neutralem Ort geführt. Der Arbeitgebersyndikus hatte es sich nicht nehmen lassen, die 10 Tage des Streikes am Ort zu verbringen ...

Obwohl an jedem zweiten Tag ein Bericht an alle Mitglieder in einer Streikversammlung gegeben wurde und die Kontrollkarte mit dem Tagesstempel die Übersicht ergab, dass auch alle erfasst wurden, waren die Hausbesuche des Betreuungsdienstes in den Familien und bei

Alleinstehenden von größter Wichtigkeit. Es gibt nicht wenige, die ungern in einer Versammlung eine Frage stellen oder gar persönliche Anliegen vorbringen. Es kann durchaus möglich sein, dass auch Frauen oder Männer, die nicht im Betrieb tätig sind, einen Streik als ‚Gewaltaktion‘ betrachten, weil sie nicht über die Dinge aufgeklärt sind.

Familien oder Frauen, die nunmehr im Arbeitskampf mit dem geringeren Einkommen haushalten müssen, kommen dann in Schwierigkeiten. Vielleicht ist zudem gerade eine Ratenzahlung für einen gekauften Gegenstand fällig oder sonst eine unvorhergesehene Schwierigkeit, mit der sie nicht ohne weiteres fertig werden ... Ein Streik fordert immer persönliche Opfer in irgendeiner Form von jedem Arbeitnehmer ... Hier muss der Stärkere den Schwachen stützen ...

Die Disziplin und die Stimmung waren ausgezeichnet, und die Arbeitnehmer unseres Betriebes wussten, worum es in diesem Arbeitskampf ging. Für unseren Gewerkschaftssekretär war diese Zeit sehr schwer und verantwortungsvoll, und wir Funktionäre bemühten uns, ihn nach besten Kräften zu unterstützen. Es gehört ein großes Maß von psychologischem Einfühlungsvermögen dazu, abgesehen von den Kenntnissen, einen Streik zu führen und wir mussten am Schluss des Arbeitskampfes aus tiefstem Herzen bekennen, dass wir stolz darauf sind, einen solchen Gewerkschaftssekretär und Kollegen zu haben.

Natürlich sind auch von der Gegenseite alle psychologischen Mittel der Einwirkung auf die Arbeitnehmer angewendet worden. Aber die Arbeitnehmer haben ihren Funktionären vertraut und den Anweisungen der Streikleitung in allem Folge geleistet. Es hat nur einen unorganisierten Streikbrecher von Beginn an gegeben. Bedauerlicherweise haben sich etliche Angestellte, die alle in der DAG organisiert sind, bei der Agitation der Betriebsleitung eingeschaltet und drei Meisterfrauen zur vorzeitigen Wiederaufnahme der Arbeit veranlasst. Die Haltung dieser Angestellten fand größte Missbilligung seitens der Arbeitnehmerschaft.

Im gesamten Tarifgebiet war unser Betrieb zunächst der einzige, der sofort Kampfmaßnahmen ergriffen hatte, einige wenige folgten, andere standen in Verhandlungen und vor der Urabstimmung. Ausgelöst durch den Widerstand eines verhältnismäßig kleinen Betriebes, aber erfüllt von gewerkschaftlichem Geist, kam durch erneute Verhandlungen nach Einschaltung des Arbeitsministeriums in Stuttgart am 16. 2. 1956 ein Tarifvertrag zwischen den Spitzenverbänden zu Stande.“

Darin wurde u. a. vereinbart, dass die Stundenlöhne je nach Lohngruppe für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1956 um 15 bis 16 Pfennige steigen und die Effektivitätsklausel bei Lohnerhöhungen bis 10 Pfennige wirke. Strafmaßnahmen aus Anlass des Streikes hatten zu unterbleiben.

Neben dem materiellen Ergebnis bewirkte auch dieser aktive Kampf einer Belegschaft wie ein Katalysator und als große Schule für ein klareres Bewusstsein der beteiligten Lohnabhängigen über ihre gesellschaftliche Situation und ihre Geschichte. Irmgard Löwe schilderte dies in obigem Bericht wie folgt:

„Eine ältere Kollegin unseres Betriebes erzählte mir, dass sie als junges Mädchen im Frühjahr 1910 in ihrem Heimatland Italien in Padua einen Streik erlebt habe. Sie arbeitete dort in einer Papierfabrik täglich 12 Stunden und bekam 50 Pfennige Lohn für den Tag. Der Streik dauerte 3 Monate. Es gab keine Streikunterstützung. Die Bauern dort spendeten Lebensmittel, und sie erhielten täglich ihr Essen aus einer Gemeinschaftsküche. Soldaten zu Fuß und zu Pferde bedrohten die Streikenden mit Pistole und Bajonett. Als die Arbeit wieder aufgenommen wurde, erhielten sie einen halben Pfennig mehr am Tag.

Es ist interessant, solche Erlebnisberichte zu hören und zu vergleichen, wie es heute nach bald 50 Jahren aussieht. Wir wissen, dass Italien heute z. B. das beste Mutterschutzgesetz hat.

Zuletzt möchte ich noch auf etwas hinweisen: Wäre es wohl möglich gewesen, einen Arbeitskampf erfolgreich zu

führen, wenn wir uns gespalten hätten, wenn es freie Gewerkschaften und eine christliche Gewerkschaft gegeben hätte? Wenn wir darüber nachdenken, muss uns klar sein, was mit einer Spaltung unserer Einheitsgewerkschaft bezweckt wird.

Mit dem erfolgreichen Abschluss dieses Tarifvertrages ist erneut unter Beweis gestellt:

VEREINTE KRAFT – GROSSES SCHAFFT !“

Neue Richtungsgewerkschaften

Die zuletzt erwähnte gewerkschaftliche Spaltung hatte folgenden Hintergrund. Im zehnten Jahr der Einheitsgewerkschaften Nachkriegsdeutschlands wurde in Westfalen und im Rheinland am 30. Oktober 1955 mit Unterstützung der Christlichen Gewerkschaftsinternationale in Konkurrenz zum Deutschen Gewerkschaftsbund DGB und seinen Einzelgewerkschaften die Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands gegründet. Aus dieser ging 1959 der christliche Gewerkschaftsbund hervor. Die katholische Werkvolkbewegung, 1946 aus den ehemaligen Katholischen Arbeitervereinen der Zeit vor dem NS-Faschismus hervorgegangen, hatte sich zunächst dagegen ausgesprochen, ebenso die Amtskirchen insbesondere Bayerns. Doch die sozialdemokratische Mehrheit in den DGB-Gewerkschaften und ihre Haltung gegen die Politik Adenauers, wie beispielsweise die Aussage des Bayerischen Gewerkschaftsbundes 1948 gegen Konfessionsschulen und für christliche Gemeinschaftsschulen, waren für Werkvolk und Katholische Kirche ein Problem. So stellten dann Ende 1956 im neu gegründeten Bayerischen Landesverband der christlichen Gewerkschaften die Mehrheit der Vorstandsmitglieder bisherige Werkvolkmitglieder.

In Lindenberg versuchten ähnliches aber erfolglos Pater Klingenberg vom Werkvolk und der Postangestellte Nägele.

Auch landesweit blieben die Christlichen Gewerk-



Irmgard Löwe (1912 bis 2001), Mitglied in der GTB in Weiler 1948 bis 1957, bei einer Ansprache auf dem Ostermarsch 1963 bei Frankfurt.

(Foto: Manfred Tripp, Repro: Karl Schweizer)

schaften beispielsweise 1995 mit rund 45 000 Mitgliedern gegenüber rund 1 Million Mitgliedern in bayerischen DGB-Gewerkschaften randständig. Ihr bayrisch-schwäbisches Zentrum wurde Augsburg.

Irmgard Löwe aus Weiler beurteilte diese Entwicklung in der November-Ausgabe 1955 ihres Rundschreibens „Hallo! Liebe Kolleginnen“ u. a. folgendermaßen:

„Liebe Kolleginnen, wenn wir über diese Dinge nachdenken, müssen wir doch zu der Erkenntnis kommen,

dass hier bestimmte Beweggründe hinter den Bestrebungen der Spaltung unserer Einheitsgewerkschaft stecken. Den Gegnern ist die geschlossene einheitliche Organisation des DGB gefährlich. Man fürchtet, dass eine einheitliche aufgeklärte Arbeitnehmerschaft zuviel erreicht und das muss unter allen Umständen verhindert werden ...

In der geschichtlichen Vergangenheit gibt es zahlreiche Beweise, dass die Politik, d. h. die Machthaber einer gewissenlosen Politik, sich auch ständig der Kirche bedient haben für ihre jeweiligen Zwecke. Die Kirche aber, die sich in früheren Zeiten auf die Seite der Besitzenden geschlagen hat, lässt sich zum Teil auch heute noch für solche Zwecke missbrauchen ...“³⁰

Von Hand notierte sie auf ihrem persönlichen Exemplar des Informationsdienstes: „Da hatte ich ins Fettöpfchen getreten. Ein hauptamtlicher Verwaltungsstellenleiter protestierte“.

Doch Irmgard Löwe kämpfte als Gewerkschafterin auch innerhalb der Belegschaften und der Gewerkschaften gegen männliche Borniertheiten und weibliche Ängstlichkeiten, für den Ausbau der Frauenrechte sowie für die Verbesserung der materiellen Lage speziell der Arbeiterinnen: „Frauen haben sich in Tarifkommissionen erfolgreich bewährt, sind aber leider noch zu wenig vertreten. Wenn auch die männlichen Kollegen verhandlungstechnisch die Dinge bestens erledigen, so sollte doch die Kollegin aus der praktischen Erfahrung heraus zum besten Gelingen der Abschlüsse beitragen. ... Von den Kolleginnen ist die Befürchtung ausgesprochen worden, dass durch die Abwanderung der Männer aus der Textilindustrie in besser bezahlte Industriezweige die Frauen wieder in verstärktem Maße zur Nacharbeit herangezogen werden könnten ... 85 % aller sozialversicherten Frauen werden heute berufsunfähig oder invalid, bevor sie die Altersgrenze erreicht haben.“³¹

Ein anderes ihr wichtiges Thema war der Kampf gegen erneute Kriege. So fiel sie beispielsweise als Delegierte auf dem Hamburger Bundeskongress des DGB 1956 auf, als sie erklärte: „Wichtiger als das Streiten um

Löhne und Tarife – so wichtig dies alles sein mag – ist der Kampf gegen die Atomwaffen“.

Im Herbst 1955 hielt sie in Weiler, Lindenberg und Lindau Frauenversammlungen zu diesem Thema ab.

1912 war sie in Berlin als Irmgard Köhn auf die Welt gekommen, mit 10 Jahren bereits Vollwaise. Als gelernte Säuglingsschwester heiratete sie 1933 und floh gegen Ende des 2. Weltkrieges mit Ehemann und ihren fünf Kindern über Dresden und Vorarlberg in das Westallgäu. In Rothach bei Weiler wohnend, arbeitete sie seit 1948 in der Weberei Stromeyer. Im gleichen Jahr trat sie der Gewerkschaft bei und wurde bald zur Betriebsrätin gewählt. Über den örtlichen Gewerkschafts-Frauenausschuss wurde sie 1954 Leiterin des Bezirksfrauenausschusses Südbayern. 1957 trat sie in Weiler der SPD bei, folgte aber kurz danach ihrem Mann nach Spremlingen bei Frankfurt a. M., wo dieser Arbeit gefunden hatte. Dort wurde sie 1959 DGB-Ortskartells-Vorsitzende und für vier Jahr SPD-Stadtverordnete. 1958 nahm sie erstmals an einem Ostermarsch gegen den Atomkrieg teil und lernte dabei Willy Brandt kennen. 1961 protestierte sie schriftlich bei Nikita Chruschtschow gegen die Wiederaufnahme von Atombombenversuchen und wurde trotzdem 1963 zum Kongress afroasiatischer Frauen in Moskau eingeladen. 1968 trat sie aus Protest gegen die SPD-Zustimmung zu den Notstandsgesetzen aus der SPD aus und engagierte sich von 1979 bis 1981 gegen eine zusätzliche Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Im Jahr 2001 starb sie.

Die Textilgewerkschaft in Lindau

War das organisatorische und kämpferische Zentrum der Gewerkschaft im Landkreis nach dem 2. Weltkrieg eindeutig in Lindenberg, so ergaben sich doch auch in Lindau erhebliche Veränderungen. Die Lindenberger Generalversammlung von 1958 besuchten auch 80 Mitglieder aus Lindau. Mit der Kleiderfabrik Fink 1947, einer Fabrik der Textilwerke Heinrich Kunert 1952 und der Schneiderei Widenhorn wurde damals der Anteil

der Textil- und Bekleidungsbranche an der Lindauer Wirtschaft deutlich erhöht.

Hilde Vogler, geboren 1924 in Niederösterreich und aufgewachsen in Wien, trat 1952 in Lindau der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) bei und arbeitete von 1954 bis 1998 bei den Textilwerken Kunert, davon als Legerin in der Endkontrolle 15 Jahre im Akkord. 1967 wurde sie erstmals zur Betriebsratsvorsitzenden gewählt, was sie 25 Jahre lang blieb. Außerdem war sie 20 Jahre lang Mitglied in der Verwaltungsstelle und im Bezirksvorstand der GTB sowie ehrenamtliche Arbeitsrichterin, von 1978 bis 1996 SPD-Stadträtin und 1995 Vorsitzende der Kreis-Arbeiterwohlfahrt. Ihren Erinnerungen sind wichtige Merkmale Lindauer Gewerkschaftsarbeit zu entnehmen:³²

„Wir streikten auch einmal bei Kunert um den Lohn, im Jahre 1956. Das Fabrikgelände hatte früher ein Tor, dort wo jetzt das Pförtnerhaus ist. Das Tor sperrten wir zu. Die Streikposten und der Betriebsratsvorsitzende ließen damals niemand in den Betrieb, nicht einmal in das Büro. Die mussten ja mitstreiken.

Doch dort arbeiteten so unsolidarische Kolleginnen, die zur Arbeit gehen wollten ... Aber die Streikposten-Kollegen hatten einen dicken Streikprügel und deren Anblick brachte die Büroangestellten zur Einsicht. Aber die schlugen nicht zu. So haben wir gestreikt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen streikten alle, nur mit den Angestellten hatten wir Schwierigkeiten. Wir gewerblichen waren da alle im Betrieb zusammen. Einer hielt zum anderen, egal ob er Stricker war oder Arbeiterin, keiner wollte aus dem Betrieb gehen. Du kannst dir nicht vorstellen, wie wir damals einig waren. Es hieß nicht umsonst: SEID EINIG! Außerdem standen am Tor die Streikposten.

Der Streik dauerte, bis Herr Heinrich Kunert einwilligte. Wir streikten, so erinnere ich mich, ein und einen halben Tag lang. Dann verhandelten die Kollegen Schwertner und Drogisch, der Betriebsratsvorsitzender war, mit Herrn Kunert, und dann erhielten wir, was wir haben

wollten. Der Max Johler von Lindenberg und Vertreter der Bezirksverwaltung Südbayern der GTB in Augsburg kamen zu unserer Unterstützung. Auch Württemberger Gewerkschafter aus Stuttgart kamen.

Damals hatten wir noch einen Haustarifvertrag. Die Einbindung der Firma Kunert in einen Flächentarifvertrag kam erst später. Darüber stritt ich dann als Betriebsratsvorsitzende mit Herrn Kunert. Damals erreichte ich sogar, dass der Prokurist Mitglied der Gewerkschaft wurde, als einziger Prokurist im ganzen Landkreis. Kunert war zu dieser Zeit zu 98 Prozent gewerkschaftlich organisiert.

Später hatten wir noch eine größere Auseinandersetzung im Betrieb um die Arbeitsbedingungen. In der Betriebsratssitzung hatten wir die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung für die Näherinnen und das Vorgehen besprochen. Die Näherinnen wollten mehr Lohn. Also musste es Verhandlungen zwischen Werksleitung und dem Betriebsrat geben. Nähmeister war damals der Kollege Johni. Der ging am entsprechenden Tag durch die Näherei und Legerei und sagte zu den Kolleginnen: ‚Die Arbeit niederlegen‘. Das taten wir und legten die Hände auf die Arbeitstische. Das war ein ‚stiller Streik‘ der Näherinnen und Legerinnen im Betrieb. Der damalige Betriebsratsvorsitzende, Kollege Schwertner, teilte dies zusammen mit Nähmeister Johni der Firmenleitung mit. Erst nachdem die Verhandlungskommission erfolgreich zurück in die Werkshalle kam, arbeiteten wir weiter. Wir hatten innerhalb des gültigen Tarifvertrages eine Höherstufung erreicht. Kollege Schwertner sagte dann zu mir: ‚Du, aber heute haben wir es denen wieder g’muckt, gell!‘. Bei Herrn Kunert hatten wir oft etwas erreicht. Das war nicht so wie es heutzutage ist.

Wir hatten mit der Zeit auch erreicht, dass wir bei Personaleinstellungen mitbestimmen durften ...

Wir erreichten damals für die Beschäftigten viel. Wir setzten die Meister oder Betriebsleiter im Betrieb unter Druck, wenn die zu den Mitarbeitern unanständig waren. Das war dann nervlich oft sehr anstrengend. Der

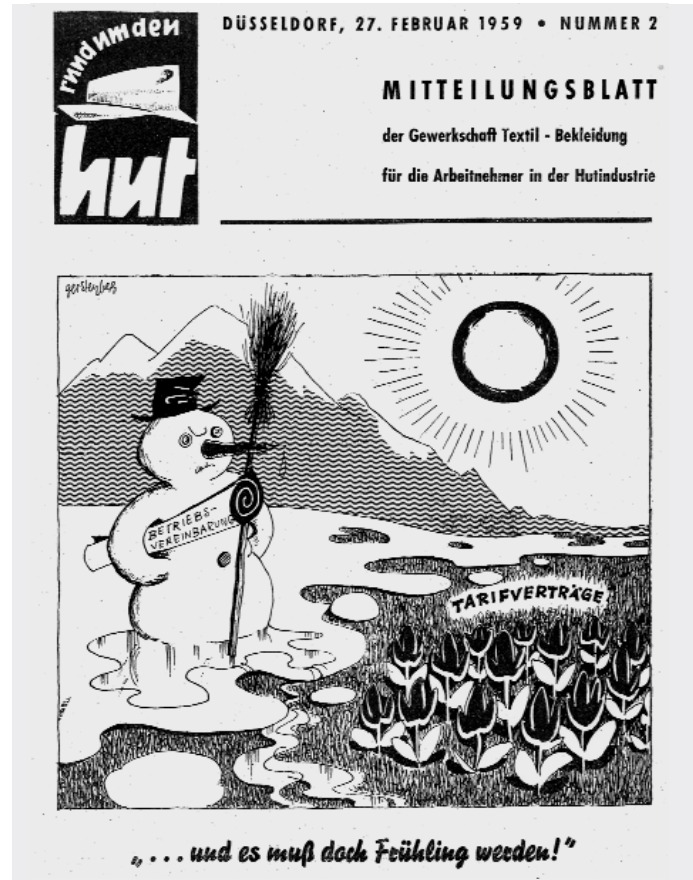
Schweiß rannte mir dabei öfter herunter, und Kolleginnen warnten mich, dass ich nicht deswegen zusammenbreche.

Als im Betrieb die Steuerung der Maschinen auf Computer umgestellt wurde, gab es Schwierigkeiten mit den Lohnberechnungen. Immer wieder in der Frühe, bevor ich in das Betriebsratsbüro ging, lief ich durch die Werkshallen. Dort informierten mich Kollegen, dass sie nun nicht mehr auf ihre Produktionsprozente kommen würden und die Maschinen nicht so funktionierten wie zuvor. Ich notierte dann auf den Kontrollkarten, dass er trotzdem auf seine Prozente zu kommen habe. Deswegen kam der Betriebsleiter einmal in der Früh in das Betriebsratsbüro, wo ich die Zahlen überprüfte. Er herrschte mich an, wer mir erlaubt habe, die Fehlproduktionen zu streichen. Ich antwortete ihm: ‚Ein höherer wie Sie‘. Da die Belegschaft hinter mir stand, konnte ich frech sein. Der Seniorchef Heinrich Kunert unterstützte mich im Konflikt mit dem Betriebsleiter. Er war froh darüber, wenn ich die Arbeiter beruhigte, statt dass die gekündigt hätten. Die Neueinarbeitung eines Strickers hätte wieder drei Monate gedauert, da die Maschinen damals recht kompliziert waren. So brachte mein Eingreifen mehr Vor- als Nachteile ...“

Die Fäden reißen

1969 zählte die GTB im Landkreis über 2400 Mitglieder. 80 der 90 kreisweit wählbaren Betriebsratssitze und sämtliche Betriebsratsvorsitzenden wurden von der GTB gestellt. Längst stellte sie eine Kraft dar, welche von den Unternehmern nicht ignoriert werden konnte. Ansatzweise war erreicht worden, was Irmgard Löwe 1955 folgendermaßen skizziert hatte: „Es geht nicht allein darum, einen besseren Lebensstandard zu erkämpfen, sondern dem ‚Mensch‘ wieder seine Würde und Daseinsberechtigung empfinden zu lassen, um teilzuhaben auch an allen kulturellen Gütern der Erde, die für alle Menschen bestimmt sind.“

Doch just in den späten 1960er-Jahren war eine Entwicklung in Gang gesetzt worden, welche über den



Das gewerkschaftliche Mitteilungsblatt „rund um den hut“ der Gewerkschaft Textil – Bekleidung vom Februar 1959.

(Quelle: Stadtarchiv Lindenberg)

Weltmarkt das langsame Abwürgen erkämpfter Lebensqualität erzwang: „Das erst Anfang der Neunzigerjahre zum Allgemeingut gewordene Stichwort Globalisierung ist den Textilern seit den Siebzigern ein Begriff ... Lange vor anderen Branchen hatten deutsche Unternehmer der Bekleidungsindustrie wachsende Teile der Produktion in Niedriglohnländer ausgelagert ... Die Arbeit-

nehmer jener Länder, in die die Produktion verlagert wurde, interessierten weder kurz- noch mittelfristig als kaufkräftige Konsumenten. Den Unternehmern ging es um anderes: um Tarifflicht, um Produktion fast zum Nulltarif³³.

In Lindenberg und Umgebung existierten von den 26 Betrieben der Strohhutindustrie des Jahres 1914 fünfzig Jahre später nur noch 10. Davon blieben bis 1986 nur noch die Mayser & Milz GmbH & Cie. mit rund 400 und die Ottmar Reich GmbH & Co. mit knapp 300 Beschäftigten übrig. Im Jahre 1997 stellte die Geschäftsführung der Firma Ottmar Reich Antrag auf Konkurs. Drei Jahre später erwarb die Stadt Lindenberg das Areal und ließ im Frühjahr 2004 von einer Spezialfirma bis auf das Kesselhaus und eine Fabrikationshalle sämtliche Gebäude abbrechen. Die gesamte Fläche wird einer neuen Nutzung zugeführt.

Somit ist die Mayser GmbH & Co. KG die einzige Firma vor Ort, die sich noch im Randbereich ihrer Produktionspalette mit der Fertigung von Hüten beschäftigt.

Kunert Lindau wurde 1998 endgültig geschlossen und die Restproduktion nach Rankweil verlagert. Das endgültige Ende von Reichardt Lindau wurde 1999 beschlossen, ohne ausreichende Antwort beispielsweise auf die öffentliche Frage von Betriebsrätin Neugebauer: *„Warum wurden wir von der Stadt und anderen örtlichen Institutionen so im Stich gelassen?“*

Das komplette Werk von Stromeyer in Weiler war im Rahmen des Gesamtkonkurses der Firma bereits 1974 geschlossen worden. Für einen erwähnenswerten Sozialplan zu Gunsten der Entlassenen blieb zu wenig Geld übrig, auch weil die fünf Besitzer zuvor privat große Beträge in die Schweiz transferiert hatten.

Zur Tragik des Jahres 1974 gehörte, dass exakt in den Monaten der Stromeyer-Schließung die Verwaltungsstelle Lindenberg der GTB aufgelöst und mit jener in Kempten verschmolzen wurde. Hans Klingler, nach

Max Johler und Walter Anders von 1968 bis 1974 letzter bezahlter Gewerkschaftssekretär in Lindenberg, begründete dies u. a. folgendermaßen: *„Die überall spürbare starke Reduzierung der Belegschaften in der Hut-, Textil- und Bekleidungsindustrie, verbunden mit Betriebsschließungen oder -einschränkungen größeren Ausmaßes, hat die Beschäftigtenzahl und damit zwangsläufig die Mitgliederzahlen auf einen Stand absinken lassen, der einfach keine andere Wahl mehr lässt ...“*³⁴.

In Kempten übernahm zunächst Eugen Wagner aus Weiler die Stelle des Geschäftsführers in dem auf das ganze Allgäu ausgeweiteten Bereich. Das Lindener Gewerkschaftshaus wurde gegen örtlichen Protest von der Zentrale in Düsseldorf verkauft. Zwar war die GTB nach wie vor im Westallgäu und am bayerischen Bodenseeufener präsent. Doch ihre alte Kampfkraft war geschwächt.

Andererseits waren neue Themen zu den Gewerkschaftsaufgaben hinzugekommen. So führte die „neue“ GTB Kempten zusammen mit dem Betriebsrat von Reichardt Lindau beispielsweise 1976 ein spezielles Fortbildungsseminar für die türkischen Kolleginnen und Kollegen durch. Themen waren neben Tariffragen und solchen des Sozial- und des Arbeitsrechtes insbesondere auch die miserable Wohnsituation eines großen Teils dieser Arbeitnehmer/-innen.

1998 löste sich die gesamte Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Deutschland als Fachgruppe in die Industriegewerkschaft Metall hinein auf.

Anmerkungen:

¹ Vgl. zur Geschichte der Textilindustrie in Bayern Otto Lohr *„Die Textilindustrie in Bayern 1840 – 1914“* in Gerhard Bott (Hrg.) *„Leben und Arbeiten im Industriezeitalter“*, Nürnberg 1985, S. 195 ff; Claus Grimm (Hrg.) *„Aufbruch ins Industriezeitalter“*, Band 1 bis 3, München 1985.

² Vgl. zur Industrialisierung in Lindenberg und Scheidegg

- Wolfgang Hartung „Geschichte der Westallgäuer Hutindustrie“ in Werner Dobras/Andreas Kurz (Hrg.) „Daheim im Landkreis Lindau“, Konstanz 1994, S. 161 ff; Egon Huber „Lindenberg und seine Wirtschaft“ im von der Stadtverwaltung Lindenberg herausgegeben Jubiläumsband „50 Jahre Stadt Lindenberg“, Lindenberg 1964, S.34 ff; Ludwig Scheller „Lindenberg auch Klein-Paris genannt“, Weiler 1979; Günter Fichter „Von Hut, Käse und anderem Gewerbe“ in Andreas Kurz (Hrg.) „Jahrbuch des Landkreises Lindau 2002“, Bergatreute 2002, S. 98 ff.
- ³ Vgl. zur Industrialisierung Weilers Karl Schweizer „Von Stromeyerschen und anderen Textilfabriken“ in Andreas Kurz (Hrg.) „Jahrbuch des Landkreises Lindau 1993“, Bergatreute 1993, S. 75 ff; Georg Wagner/Norbert Döll/Gerd Zimmer „200 Jahre Markt Weiler im Allgäu“, Weiler 1989, S. 35 ff.
- ⁴ Vgl. Alois Hölzler „Beiträge zur Dorfgeschichte von Bösenreutin – Heft 2 der Schriften des Vereins für Heimatpflege und Förderung der Dorfkultur Bösenreutin“, Bösenreutin 1994, S. 43f; Karl Schweizer „Schüttentobel – ältester Industrieplatz im Landkreis Lindau“ in Andreas Kurz (Hrg.) „Jahrbuch des Landkreises Lindau 1997“, Bergatreute 1997, S. 16 ff.
- ⁵ Vgl. dazu die Unterlagen Reichart im Stadtarchiv Lindau, Sig.: Zgg-Nr. 2000/21-3; Karl Schweizer „Von Menschen, Maschinen und Sommerfesten – 90 Jahre Lindauer Gewerkschaftskartell“, Lindau 1991, S. 10 ff.
- ⁶ Stadtarchiv Lindau, Akte „Fabrikanlage der Firma Hoz, Ott & Co ...“, Sig. B III, 03-01-03/360.
- ⁷ Vgl. Bruno Schoenlank „Zur Lage der arbeitenden Klasse in Bayern“, Nürnberg 1887, S. 5 ff.
- ⁸ Schwäbische Volkszeitung vom 13. 2. 1907, Seite 6.
- ⁹ Vgl. Hans Brey „Die Gewerkschaft als Vorkämpferin unserer heutigen Lebensexistenz im Blickfeld eines Hutarbeiters vergangener Zeiten“, Lindenberg 1956, Stadtarchiv Lindenberg in der Dokumentensammlung „Gewerkschaften und Arbeiterbewegung“.
- ¹⁰ Vgl. Anm. 3 „Von Stromeyerschen...“, S. 78.
- ¹¹ Vgl. Anm. 8, S. 2.
- ¹² „Augsburger Volkszeitung“ vom 8. 1. 1904.
- ¹³ Vgl. Anm. 9, Brey, Blatt 2.
- ¹⁴ „Gewerkschaft in Lindenberg nicht an einem Tag erbaut“ in „rund um den hut“, Mitteilungsblatt der Gewerkschaft Textil – Bekleidung für die Arbeitnehmer in der Hutindustrie vom 27. 3. 1959, S. 2.
- ¹⁵ Vgl. Anm. 14, S. 2 und 3.
- ¹⁶ Vgl. Anm. 3, „Von Stromeyerschen ...“, S. 80.
- ¹⁷ Vgl. Anm. 14.
- ¹⁸ Vgl. Anm. 14.
- ¹⁹ „Staatsarchiv Augsburg, Bestand „Bezirksamt Lindau“, Sign.: 4189.
- ²⁰ Vgl. Anm. 4, Schüttentobel, S. 26.
- ²¹ „Schwäbische Volkszeitung“ vom 22. 9. 1927.
- ²² Vgl. Anm. 9, S. 21–23.
- ²³ Vgl. Anm. 19, Sign. 4181.
- ²⁴ Der Lindenerger Streik von 1953 wurde dokumentiert durch Johann Gressirer „Der Lindenerger Hutarbeiterstreik 1953 – Ein Versuch mit Methoden der Oral History“, maschinenschriftliche Staatsexamensarbeit, München 1986. Eine Kopie befindet sich im Stadtarchiv Lindenberg. Dort und im Kreisdokumentationszentrum in Weiler ist auch die Tageszeitung „Der Westallgäuer“ aus Weiler mit jenen den Streik betreffenden Berichten vom 16.1. bis 7.3. 1953 archiviert.
- ²⁵ Vgl. Anm. 24 Gressirer, S. 89.
- ²⁶ zitiert nach Gressirer, Anm. 24, S. 110/111.
- ²⁷ ebenda, S. 129.
- ²⁸ Vgl. „Der Westallgäuer“ vom 19. 11., 21. 11. und 23. 11. 1955.
- ²⁹ Zum Streik 1956 vgl. „Der Westallgäuer“, Ausgaben 8. 2. bis 17. 2. 1956, die „Lindauer Zeitung“ vom 11. 2., 14. 2. und 18. 2. 1956 und die Ausgaben Oktober 1955 bis Mai 1956 des Informationsdienstes „Hallo! Liebe Kolleginnen“ des Bezirks-Frauenausschusses der Gewerkschaft Textil und Bekleidung im Bezirk Südbayern.
- ³⁰ Irmgard Löwe in „Hallo! Liebe Kolleginnen“, November 1955, S 2 und 3.
- ³¹ Vgl. „Hallo liebe Kolleginnen“ Sept. 1956, S. 8 und den Geschäftsbericht zur Bezirks-Frauenkonferenz 1956 in Augsburg, S. 3.
- ³² Auszüge aus dem Interview mit Hilde Vogler vom 20. 2. 2004.
- ³³ Manfred Schallmeyer/Wolfgang Rose (Hrg.) „Die Gewerkschaft Textil - Bekleidung 1990 bis 1998“, Düsseldorf 1998, S. 23, 27.
- ³⁴ Letzter Geschäftsbericht der GTB-Verwaltungsstelle Lindenberg vom 12. 3. 1974.